Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis ½9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 78. Bielefeld, Freitag, 2. April 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Enthüllte Verschwörer.

„Mir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich und endlich um die Stellung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben her die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat stärken und ihm, wenn nicht anders, zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat stärken, indem wir treu auf unserem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen."

So sprach auf einer Geheimkonferenz der Bergbauunternehmer, die am 6. Januar dieses Jahres zu Berlin im Palast-Hotel tagte, der Bergrat Williger. Der Minister, von dem er sprach, ist der preußische Handelsminister Delbrück.

Genosse David hat schon im Reichstag wirksam das Geheimprotokoll ans Licht gezogen. Wir gehen heute an der Hand eines Auszuges, den der „Vorwärts" bringt, näher auf dasselbe ein.

Die Geheimkonferenz tagte aus Anlaß der Vorarbeiten für die neue Berggesetznovelle. Zum 7. Januar hatte der Handelsminister Vertreter der Bergbauunternehmer zur Besprechung ins Ministerium geladen, mit ihnen zwei Vertreter der Bergarbeiter. Die Meinung der Interessenten über die Pläne der Regierung sollte erforscht werden. Und auf der Geheimkonferenz, die tags vorher stattfand, berieten die Unternehmer, welche Stellung ihre Vertreter in der Besprechung einnehmen sollten.

Sie berieten geheim — aber ein günstiger Zufall hat der „Bergarbeiter-Zeitung" ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen verschafft. Ein Aktenstück von höchster Wichtigkeit, ein Dokument, das uns die Herren Bergbauunternehmer ohne jede beschönigende Verhüllung in der vollen ungeheuerlichen Größe ihres brutalen Herrenstandpunktes, ihrer ungezügelten Herrschbegier, ihrer unverwüstlichen Profitsucht zeigt. Das wie ein Blitzlicht ein Stück der inneren Struktur des Klassenstaates und im speziellen des Staats der preußischen Schlot- und Krautjunker erhellt — ein klassisches Zeugnis der durch nichts beengten Rücksichtslosigkeit, mit der die Großkapitalisten ihre Klasseninteressen zu verfolgen wissen. In der herrischen Sprache, die dieses Protokoll wiedergibt, lebt das Machtbewußtsein einer Klasse, die entschlossen ist, die Arbeiterschaft in Leibeigenschaft zu halten und koste es selbst Hekatomben von Menschenleben; die entschlossen ist, sich die Regierung untertan zu machen, und koste es Ministerwechsel über Ministerwechsel. Und die da weiß, daß sie die Macht hat, ihren Drohungen die Tat folgen zu lassen.

Dem Plan des Handelsministers, den Bergarbeitern eine Mitwirkung an der Kontrolle der Bergwerke zuzugestehen — eine Frucht des furchtbaren Grubenunglücks von Radbod — galt der Zorn der Bergherren. Zwar war das, was der Minister geben wollte, nur eine jämmerliche Karikatur des Gedankens, den Bergarbeiterschutz durch Bestellung von Arbeiterkontrolleuren zu verbessern (und was schließlich in den Gesetzentwurf eingesetzt worden ist, ist die Karikatur einer Karikatur), aber den Bergbauunternehmern ist schon der Gedanke, daß die Arbeiter auch zu etwas anderem als zur Ausbeutung da sind, daß sie auch — und seier es noch so winzige — Rechte im Bergbaubetriebe haben sollen, unerträglich. Die Heißsporne unter ihnen forderten deshalb auf der Konferenz direkt den Sturz Delbrücks. Der Geheimrat Uthemann (Direktor der Giesche-Gesellschaft in Oberschlesien, der sich kürzlich durch die Maßregelung von elf Steigern einen Namen machte) gab dazu ein förmliches Rezept. Der Handelsminister hatte vom Vorstand des Knappschaftsvereins zwei Arbeitervertreter als Sprecher der Arbeiterschaft für die Konferenz im Ministerium auswählen lassen, und zwar ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes und ein Mitglied des christlichen Gewerkvereins. Herr Uthemann empfahl den versammelten Unternehmern, unter Berufung auf diesen Umstand die Teilnahme an der Konferenz im Ministerium zu verweigern. Er sagte:

> Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabe gegen den Handelsminister, wie wir sie besser gar nicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn heute hier die Vertreter der gesamten preußischen Bergwerksdistrikte erklären, wir gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium. Weil uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preußische Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeißen wir die ganze Geschichte.

Dieser radikale Standpunkt fand freilich nicht die Zustimmung der Versammlung. Der Vorsitzende, Bergrat Kleine, erklärte, daß Delbrück noch lange nicht der schlechteste sei.

> Ist es wirklich richtig, gegen Delbrück persönlich so vorzugehen? Soweit mir bekannt, ist er ein scharfer Gegner des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg. Außerdem muß ich sagen, meine persönliche Verhandlung mit ihm hat mir auch den Eindruck verschafft . . . Nach meiner Ansicht liegt die Sache vielmehr bei unserer Bergbauabteilung.

Geheimrat Uthemann: Nein, das ist noch eine Hinterlassenschaft vom verstorbenen Hinzpeter, die so langsam von oben heruntergekommen ist! — (Heiterkeit.)

Herr Kleine: Ich meine nur, wir sollten es doch vermeiden, gegen den Handelsminister selbst vorzugehen; denn nach meiner Meinung ist er noch der beste, den wir seit Bismarck gehabt haben. (Zuruf: Und Möller!)

Herr Delbrück hat das Lob des Herrn Kleine redlich verdient. Unrecht geschah aber Herrn Bethmann-Hollweg, in dem die Bergunternehmer anscheinend einen zweiten Posadowsky sehen. Das hat er gewiß nicht verdient. Der Angriff auf ihn zeigt nur, daß die Unternehmer auf dem Stuhle des „Ministers für Sozialpolitik" keinen dulden wollen, der sich ihnen nicht mit Haut und Haaren verschreibt.

Herr Uthemann ist auf der Geheimkonferenz in der Minorität geblieben. Die Versammlung stellte sich schließlich auf den Standpunkt, den der Bergrat Williger in den Sätzen niederlegte, die wir an die Spitze unseres Artikels gestellt haben. Zunächst soll dem Herrn Minister Delbrück der „Rücken gesteift werden", und wenn das nicht in dem erwünschten Maße gelingt, dann soll ihm zum „eleganten Abgang" verholfen werden. Und seinen Nachfolgern soll es ebenso gehen, bis der König von Preußen einen Mann nach dem Herzen der Zechenherren zum Handelsminister bestellt!

So beschlossen die Kohlenjunker, die im Bunde mit den Krautjunkern die Herren Preußens sind!

Wie aber dem Handelsminister „das Rückgrat gesteift" werden sollte, das ergibt sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus dem Protokoll. Wir erhalten dabei zugleich eine Probe davon, wie es in der preußischen Bureaukratie aussieht und was der preußische Arbeiterschutz ist. Generaldirektor Hilger, der ehemalige Pascha von der Saar, erzählte von den Sicherheitsmännern im Saarrevier, die ja für die Sicherheitsmänner der Berggesetznovelle Modell gestanden haben. Herr Hilger sagte da u. a.:

> „Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeitertontrolleure genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprachen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben."

Dann führte der Herr aus, daß die Bergwerksdirektoren im Saarrevier mit diesen Sicherheitsmännern, die er (Hilger) eingeführt habe, „um Schlimmeres zu verhüten", auskommen konnten, da sie es in der Hand hatten, jeden unbequemen Mann sofort unschädlich zu machen durch Verlegung oder Entlassung — in Saarbrücken habe die Verwaltung den Mann „so in der Hand, daß wenn sie ihm kündigt, er nirgendwo Arbeit findet." (Im Ruhrrevier wird dasselbe bekanntlich durch schwarze Listen erreicht.) Herr Hilger empfahl denn auch seinen Kollegen, sich gegen alle Maßregeln zu wenden, die den Sicherheitsmann etwa gegen Entlassung schützen sollten. Und dann, nachdem der Herr selbst eingehend ausgeführt hatte, weshalb der saarabische Sicherheitsmann nicht wagen dürfte, irgend etwas zu bekunden, was der Zechenleitung nicht paßte, hatte er die Stirn, zu sagen:

> Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen ins Fahrbuch eingeschrieben worden ist:
>
> „Alles in Ordnung befunden."

Als ob den armen Teufeln etwas anderes übrig geblieben wäre!

Herr Hilger hat dann das dreiste Hohnwort von der „weißen Salbe", — sein Mittel, das nichts hilft und lediglich den Patienten in den Glauben versetzen soll, als geschehe etwas für ihn), noch einmal wiederholt. Und daß die Vorlage der Regierung von ähnlichen Gedanken diktiert worden ist, das wurde noch mehrmals auf der Geheimkonferenz behauptet. So sagte der Oberbergrat Dr. Wachler:

> Meine Herren, diese Einführung der Kontrolleure wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt, sondern es heißt immer nur: Gott, es schadet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen für Euch Bergwerksbesitzer nur ein Nutzen sein, und die Einführung solcher Kontrolle ist ja gewissermaßen eine Kulisse respektive eine Entlastung für Eure Verantwortung.

Und Herr Hilger sagte:

> Ferner wird man sich wohl morgen auf den Zweckmäßigkeitsstandpunkt stellen und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich bequem gewesen, daß wir die Sicherheitsmänner hatten, um uns bei großen Unglücksfällen — ich denke an Reden — auf sie berufen zu können. Man wird Ihnen auch gerade Reden vorhalten und sagen, wir wären vielleicht in des Teufels Küche gekommen, wenn wir uns nicht auf die Sicherheitsmänner hätten berufen können. Das ist gewiß richtig, aber das sollte uns doch nicht bestimmen, nachzugeben.

Kurz, die Regierung wird beschuldigt, daß sie die machtlosen Sicherheitsmänner, die in Wirklichkeit so gut wie nichts für die Sicherheit der Bergarbeiter tun können, lediglich deshalb bestellt, um im Falle eines Massenunglücks Sündenböcke zu haben!

Wie die Deputierten der Bergbauunternehmer hernach in der Sonderkonferenz mit dem Minister umgesprungen sind — sie erzwangen sich eine Sonderkonferenz, weil sie in Gegenwart der Arbeitervertreter „nicht offen reden" könnten (!) — davon können einige Stellen aus den Ratschlägen einen Begriff geben, die ihnen auf der Geheimkonferenz erteilt wurden. Da sagte der Geheimrat Uthemann:

> Die Arbeiterkontrolleure werden lediglich aus politischen Gründen eingeführt, auf Grund des Drängens der Sozialdemokraten und der sozialistischen Wohlfahrtsfritzen. Diese Einrichtung von Arbeiterkontrolleuren ist der erste gefährlichste Schritt in den sozialen Staat hinein. Wenn wir überhaupt noch wert sein wollen, unsere Gruben zu vertreten, dann müssen wir uns dagegen wehren, dann müssen wir hier ein schroffes Nein sagen. Sagen Sie morgen ganz offen: Wir sind Herren im Hause — brauchen Sie das Wort! — und wollen im Interesse der Erhaltung unserer Gruben und des preußischen Staates Herren bleiben . . .

Und der Landtagsabgeordnete Voltz, Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenvereins, rief:

> Bei diesem prinzipiellen Widerspruch hinwiederum möchte ich bitten, morgen in erster Linie absolut nicht das Bergbauliche, Technische und dergleichen in den Vordergrund zu stellen — zumal man hieran immer nicht so ganz glauben, sondern dabei annehmen wird, daß wir „pro domo" sprächen — sondern als das wichtigste hierbei — und das hat ja Herr Bergrat Kleine ganz ausgezeichnet dargelegt — den politischen Standpunkt anzusehen . . .
>
> Also ich wiederhole: Ich bin der Ansicht, daß man in erster Linie den eminent politischen Gesichtspunkt hervorheben sollte, daß man unmöglich die Sozialdemokratie so sehr fördern und stärken darf, wie das unbedingt bei der Durchführung der zur Debatte stehenden Vorschläge der Fall sein würde . . .

Aber die Herren beschlossen, nicht nur die Minister zu bearbeiten, sondern auch während der Beratung im Landtage werden die Interessen der Herren Unternehmer durch einen Herrn v. Löwenstein, der die den Zechenherren ergebenen Abgeordneten zu informieren hat, vertreten. „Und dann ist ja auch Herr Voltz da!" Und wenn Minister und Abgeordnetenhaus trotz alledem noch zu viel Bergarbeiterschutz machen sollten, dann soll das Herrenhaus aufgefordert werden, den Zechenherren zu helfen!

Das ist zunächst das wesentlichste, was in dem interessanten Protokoll enthalten ist. Der reiche Inhalt läßt sich in einem Zuge nicht ausschöpfen. Noch manches ist nachzutragen, was helles Licht auf die innige Verfippung der Unternehmerschaft mit der staatlichen Bureaukratie wirft. Die heutigen Proben aber genügen, um die Verschwörung der Bergbauunternehmer gegen den Bergarbeiterschutz und gegen alle Regierungsvertreter, die sich auch nur ein Gran Selbständigkeit vor den Forderungen der Unternehmerschaft bewahren, zu enthüllen. Und die Arbeiterschaft daran zu mahnen, sich zu rüsten zu entschlossenster Wehr gegen die Versklavungsgelüste der Herren!

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Revolution bei den Erstklassigen. In der Ersten Kammer des hessischen Landtages kam es am Dienstag zu einer kleinen Palastrevolution. Der Wormser Lederkönig Heyl von Herrnsheim griff den hessischen Finanzminister Gnauth heftig an, weil er es gewagt hatte, ihn in der Zweiten Kammer zu kritisieren. Gnauth hielt seine Ausführungen aufrecht, daß er bedauern müsse, wenn ein hessischer Abgeordneter im Reichstage erklärt habe, eine Revision des Vertrages könne nur zum Nachteil für Hessen ausfallen, was tatsächlich falsch sei.

Am Schlusse der Sitzung führte der erste Präsident Graf Goertz-Schlitz, Beschwerde darüber, daß trotz des wiederholten Einwandes der Ersten Kammer auch diesmal wieder größere Vorlagen mit dem Etat verknüpft worden seien, anstatt, wie die Erste Kammer ersucht habe, besondere Vorlagen in die Kammer einzubringen. Der Präsident erklärte, daß dies Verfahren der Regierung mit der Würde des Hauses nicht vereinbar sei und fragte den Staatsminister, ob er Garantien geben könne, daß sich dies in Zukunft nicht wiederhole.

Da der Staatsminister diese Zusage nicht geben zu können erklärte, erwiderte der Präsident, daß er unter diesen Umständen den Großherzog ersuchen werde, ihn von seinem Amte als Präsident der Ersten Kammer zu entbinden. Die beiden anderen Präsidenten schlossen sich der Erklärung des ersten Präsidenten an. Diese Amtsniederlegung des Grafen Goertz, der vor kurzem durch seinen Feldzug gegen die von ihm abhängige Kleinstadt Schlitz auch weiteren Kreisen bekannt wurde, bedeutet offenen Krieg gegen das hessische Ministerium, das sich durch die Verknüpfung von Gesetzesvorlagen mit dem Etat vor der Obstruktion der hessischen Granden zu schützen sucht. Wie diese Revolution im Glase Wasser ausläuft, darauf darf man neugierig sein. —

Agrarische Steuerhinterzieher. Prof. Delbrück führt seinen Kampf gegen die agrarische Gewohnheit des Steuerhinterziehens mit unverminderter Schärfe weiter. Aus der großen Anzahl von Beispielen, die er im Aprilheft der preußischen Jahrbücher anführt, seien einige herausgegriffen:

Eine Dame im Osten besitzt ein Gut von weit über eine Million Mark Wert. Sie hat darauf 500 000 Mk. Hypothekenschulden und bezahlt — 60 Mk. Einkommensteuer. — Ein Ziegeleibesitzer in der Provinz Brandenburg erhielt von einer Wohlfahrtsanstalt eine Hypothek, nachdem er eine Jahreseinnahme von 30 000 Mk. nachgewiesen hatte. Später wurde festgestellt, daß er sein Einkommen bei der Steuerveranlagung auf 4500 Mk. angegeben hatte.

Ein Gutsbesitzer in Pommern deklarierte 18 Mk. Ertrag vom Hektar, zog dann seine Schulden ab und hatte dann fast gar keine Steuern zu bezahlen.

Ein Bauer aus demselben Dorfe deklarierte 82 Mk. vom Hektar. Als ein Mitglied der Veranlagungskommission verwundert fragte: „Ich denke, der Boden ist dort so miserabel, daß bloß 18 Mk herauskommen," belehrte ihn die Majorität der Veranlagungskommission, daß dies daher komme, weil bei der Separation die Bauern die fetten Stücke Land bekommen haben, während die Großgrundbesitzer sich mit dem Umland begnügen müßten.

Ein höherer Beamter aus Pommern stellte fest, daß Großgrundbesitzer, die für ihren Hausstand, gesellschaftlichen Aufwand, 20 000 Mk. jährlich ausgeben, mit 15—1800 Mk. jährlichem Einkommen eingeschätzt sind. Bei den Bauern herrscht vielfach die Gewohnheit, als Einkommen den Betrag anzugeben, den sie am Jahresschluß auf die Sparkasse tragen. — Ein Geistlicher in Thüringen hat festgestellt, daß in einem kleinen Orte dortselbst ein Fabrikarbeiter 1,25 Mk., der reichste Bauer 1,75 Mk. Steuern bezahlt.

Wer in den Veranlagungskommissionen auf eine schärfere Heranziehung der einzelnen Zensiten dränge, könne sicher sein, das nächste Mal nicht wieder in die Kommission gewählt zu werden.

Wir meinen, diese kleine Blütenlese genügt! Sie ist um so beweiskräftiger, als sie aus einer streng konservativen Zeitung stammt.

Unzufriedene Zentrumswähler. Zu der Reichstagsersatzwahl in Düren-Jülich haben, wie wir schon meldeten, die christlichen Arbeiter dem Fürsten Salm-Dyck in der Person des Zentrumsstadtverordneten Heinrich Schönbrenner, des Vorsitzenden der christlichen Textilarbeiter, einen Gegenkandidaten entgegengestellt. In einem Flugblatt erklären die Urheber der Sonderkandidatur, zumeist katholische Arbeiter, daß „ein großer Teil der christlich-nationalen Arbeiterschaft" mit der Kandidatur des Fürsten nicht einverstanden sei; man sei den Arbeitern von Zentrumsseite teilweise in höhnischer Form begegnet; durch die Gegenkandidatur wolle man dem Wahlkomitee des Zentrums beweisen, daß nicht nur einige Opponenten eine andere Kandidatur gewünscht hätten.

Für Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, Main, Neckar usw. sprach sich die hessische Landwirtschaftskammer aus.

Unternehmer und paritätischer Arbeitsnachweis. Dresden, 1. April. Die Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller in Dresden nahm heute nach einem Vortrage des Regierungsrates Dr. März über den paritätischen Zentral-Arbeitsnachweis für die Kreishauptmannschaft Dresden Stellung zu dieser Angelegenheit. Sie beschloß, ihre Mitwirkung von der Bedingung abhängig zu machen, daß das Statut des Arbeitsnachweises geändert werde. In dem Statut ist nämlich die Bestimmung enthalten, daß den Arbeitsuchenden davon Mitteilung zu machen ist, wenn in einem Betriebe ein Streik ausgebrochen ist. Die Industriellen verlangen, daß dieser Passus, der nach ihrer Ansicht eine einseitige Begünstigung der Gewerkschaften bedeutet, fallen soll. Sie beschlossen auch, das

verordnetenkollegium zu ersuchen, nur unter dieser Bedingung dem Zentralarbeitsnachweise beizutreten. — Ferner nahmen sie Stellung zu den Landtagswahlen; sie beschlossen, mit aller Energie für die Wahl von industriellen Vertretern einzutreten.

Die gestrichene Gesandtschaft. Bei der Beratung des Etats der württembergischen Gesandtschaften in Berlin und München beantragte die sozialdemokratische Fraktion, mit der Absicht der Ersparnis ernst zu machen. Im einigen Deutschen Reiche brauchten die Minister keine Gesandten, um ihre Meinungen untereinander auszutauschen. Außerdem seien ja auch die Bundesratsvertreter zur Verständigung untereinander geeignet. Das Geld für die Gesandtschaften könne man also sparen.

Der Ministerpräsident wandte sich hiergegen sehr entschieden, konnte aber nicht verhindern, daß die Gesandtschaft in Berlin zwar bewilligt, die Gesandtschaft in München aber gestrichen wurde. Dieser Beschluß des Landtags wirkte ganz überraschend, zumal die Streichung des Postens durch eine sehr große Mehrheit erfolgte. — Nur das Zentrum und vereinzelte Liberale waren für die Aufrechterhaltung der Gesandtschaft, während sich das Gros der Volkspartei, der Nationalliberalen und des Bauernbundes dem Antrage der Sozialdemokratie anschloß, für die sich diese Abstimmung zu einem Erfolge von prinzipieller Bedeutung gestaltete.

Deutschland als ehrlicher Makler. Berlin, 1. April. Gegenüber ausländischer Blättermeldungen, der Entschluß der russischen Regierung, der Annexion Bosniens und der Herzegowina zuzustimmen, sei das Ergebnis einer Pression Deutschlands gewesen, stellt die „Nordd. Allgem. Zeitung" authentisch folgendes fest: Da sich Rußland an die Spitze der friedlichen Einwirkung auf die serbische Regierung gestellt hatte, trat die deutsche Regierung in einer der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechende Weise an letzteres mit dem Gedanken heran, einer weiteren Aktion in Belgrad dadurch eine festere Basis zu geben daß die Mächte einzeln durch Noten auf einen ihnen von Oesterreich-Ungarn zu erkennen zu gebenden Wunsch ihre Sanktion zur Abänderung des Art. 25 des Berliner Vertrages aussprechen sollten. Es sollte damit lediglich Serbien der Vorwand entzogen werden, seine Unnachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die Haltung der Mächte gegenüber der Annexion zu begründen. Die Folge des Gedankenaustausches über die deutsche Anregung zwischen Berlin und St. Petersburg war die Zustimmung der russischen Regierung zu Deutschlands wohlgemeintem Vorschlag.

Süddeutsche Volkspartei und Block. Die süddeutsche Volkspartei scheint in der Frage der Blockpolitik mit den norddeutschen Freisinnigen in Unstimmigkeiten geraten zu sein; darauf läßt schon der Vorstoß Conrad Haußmanns im Reichstage, besonders aber die kühle Aufnahme schließen, die seine Rede bei den übrigen Freisinnigen gefunden hat.

In diesem Sinne schreibt auch am Donnerstag der Stuttgarter „Beobachter", das Organ der württembergischen Volkspartei:

„Die Mehrheit der Freisinnigen wollen den Faden, der sie mit Rechts verbindet, nicht zerreißen. Sie wollen an ihm sich weiterführen lassen. Aber die Blockabwendung, die Haußmann verkündet hat, findet in der Partei selbst und im Volke die weitestgehende lebhafteste Zustimmung. Das wird sich in bezug auf die deutsche Volkspartei nächsten Sonnabend bei der Sitzung des weiteren Ausschusses ergeben. Man ist, besonders nach dem Verhalten der Konservativen, nachgerade des schrecklichen und unverständlichen Spieles satt. Die Volkspartei wird dem Reiche gewähren, was das Reich braucht und was nach den Grundsätzen der Partei gewährt werden kann. Das muß aber künftig geschehen können ohne Rücksicht auf andere Parteien, einzig und allein der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit und der eigenen Ueberzeugung gehorchend."

Die Einberufung des weiteren Ausschusses der Partei würde im gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum erfolgen, wenn nicht beabsichtigt wäre, mit dieser Tagung eine Kundgebung zur augenblicklichen politischen Lage zu verbinden.

Völlig unannehmbar. Wie die „Deutsche Tageszeitung" vernommen haben will, plane man jetzt, die Nachlaßsteuer durch eine Erweiterung der Erbschaftssteuer zu ersetzen und zwar soll nicht der ganze Nachlaß, sondern bloß der einzelne Erbanfall besteuert werden. Kleine Erbschaften sollen freibleiben. Das agrarische Blatt erklärt demgegenüber, daß auch dieser Vorschlag für die Junker völlig unannehmbar sei. Die grundsätzlichen Bedenken der Agrarier sind gegen diese Steuer dieselben, wie gegen eine Nachlaßsteuer. — Ehrlicher wäre es, wenn das Junkerblatt erklären würde, daß das Agrariertum grundsätzliche Bedenken gegen jede Steuer hat, die die Agrarier nicht ausschließt. Gleichzeitig verspottet die „Deutsche Tageszeitung" die Kundgebungen, die zugunsten der Finanzreform stattfinden. Dagegen mißt es jeder agrarischen Versammlung, und wenn sie im entlegensten, unbekanntesten Winkel des Reichs stattgefunden hat, die denkbar größte Bedeutung bei, sobald dort eine Resolution gegen die Erbschaftssteuer gefaßt wurde.

Aus dem Landtag.

Die Berggesetzkommission des preußischen Abgeordnetenhauses beendete am Mittwoch die erste Lesung des Gesetzentwurfes. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Grubenbesitzer und der sonstigen Vorgesetzten suchten die Nationalliberalen und Freikonservativen im Sinne der Grubenherren zu „verbessern". Der sozialdemokratische Vertreter verlangte, daß die Beamten ihrerseits nicht verpflichtet sein sollten, ungesetzliche Anforderungen auszuführen. Diese Anregung wurde abgelehnt, und so blieb es im wesentlichen bei der Regierungsvorlage. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte Beseitigung der Strafschichten für die Steiger. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem der Minister dagegen gesprochen, obgleich dieser später selbst zugeben mußte, von einem Bergwerksbesitzer „haarsträubende" Dinge über die Behandlung der Steiger durch die Vorgesetzten gehört zu haben.

Bei Beratung der Kündigungsfrist verlangte unser Vertreter, daß der Angestellte, entsprechend den Bestimmungen im Handelsgesetzbuche, nicht verpflichtet sein solle, sich den Betrag des Krankengeldes anrechnen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nach dem Entwurfe soll eine Bergbaudeputation eingesetzt werden, deren Zusammensetzung dem Minister überlassen bleiben soll. Das Zentrum beantragte dazu, daß die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter die Vertreter zu wählen haben. Das sozialdemokratische Mitglied hob hervor, daß die Deputation ganz zwecklos und nutzlos sei, wenn der Minister nach Schluß der gemeinsamen Besprechung mit den Unternehmern besonders verhandele, wie es bei diesem Gesetzentwurf auch geschehen sei; dann sei die Deputation nur eine Kulisse.

Der Redner ging näher auf die Geheimkonferenz der Unternehmer im Palasthotel zu Berlin ein und legte deren geheimes Wirken bloß. Der Minister antwortete darauf, daß ihm nicht verwehrt werden könne, zu seiner Information heranzuziehen, wen er wolle. Er sei darin völlig frei.

Die zweite Lesung beginnt am 27. April.

Die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz.

Am 1. April tritt die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz vom 31. Mai 1908 (publiziert im „Reichsgesetzblatt" am 16. Juni 1908) in Kraft.

Die wichtigsten Aenderungen des Gesetzes gegenüber dem bisherigen Zustande sind nachfolgend aufgeführt:

Den Unterstützungswohnsitz erwarb bislang, wer innerhalb des Ortsarmenverbandes nach zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahr zwei Jahre lang ununterbrochen seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Der Lauf dieser zweijährigen Frist ruhte während der Dauer der von einem Armenverband gewährten öffentlichen Unterstützung. Fortan wird der Unterstützungswohnsitz bereits nach zurückgelegtem sechzehnten Lebensjahr erworben; es genügt ferner der einjährige ununterbrochene Aufenthalt ohne Empfang von Armenunterstützung. Die Herabsetzung des Alterserfordernisses hat insoweit rückwirkende Kraft, als bei allen erst von heute ab eintretenden Unterstützungsfällen für die Frage des Unterstützungswohnsitzes der einjährige Aufenthalt maßgebend ist. Wer also, ohne Almosen erhalten zu haben, z. B. seit dem 1. April 1908 in Berlin wohnt, hat mit dem 1. April seinen Unterstützungswohnsitz in Berlin erworben.

Eine weitere, insbesondere für Vorortgemeinden erhebliche Aenderung des bestehenden Zustandes ist durch eine Aenderung des jetzigen § 29 herbeigeführt. Der Arbeitsort hat danach ohne Ersatzanspruch für 26 Wochen einzutreten, und zwar auch wenn der Unterstützungsfall innerhalb einer Woche nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eingetreten ist, auch dann, wenn die Erkrankung nicht am Arbeitsort erfolgte. Der Wortlaut dieses neuen § 29 ist:

„Erkrankt eine Person, die in einem Orte mindestens eine Woche hindurch gegen Lohn oder Gehalt in ein und demselben Dienst- oder Arbeitsverhältnisse gestanden hat, während der Fortdauer dieses Dienst- oder Betriebsverhältnisses oder innerhalb einer Woche nach seiner Beendigung, so hat der Ortsarmenverband des Dienst- oder Arbeitsorts die Kosten der erforderlichen Kur und Verpflegung für die ersten 26 Wochen nach dem Beginn der Krankenpflege endgiltig zu tragen, oder, wenn die Krankenpflege von einem anderen Armenverband gewährt worden ist, diesem zu erstatten.

Die Verpflichtung des Ortsarmenverbandes des Dienst- oder Arbeitsortes erstreckt sich auch auf die Fälle der Erkrankung derjenigen Angehörigen des Dienstverpflichteten oder Arbeiters, welche sich bei ihm befinden und seinen Unterstützungswohnsitz teilen, sofern nicht nach Abs. 1 eine Verpflichtung eines anderen Ortsarmenverbandes dadurch begründet wird, daß die Angehörigen selbst im Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden haben.

Wird im Falle der Erkrankung einer der in dem Abs. 1, 2 bezeichneten Personen Kur und Verpflegung auf Kosten einer Krankenkasse gewährt, und muß bei Beendigung der Leistungen der Kasse die Armenpflege eintreten, so sind die Kosten der letzteren von dem Ortsarmenverbande des Dienst- oder Arbeitsortes in derselben Weise zu tragen oder zu erstatten, wie wenn die Armenpflege schon in dem Zeitpunkt eingetreten wäre, in welchem die Leistungen der Krankenkasse begonnen haben.

Die Vorschriften des Abs. 1, 3 finden auf Lehrlinge Anwendung.

Schwangerschaft an sich ist nicht als eine Krankheit der vorstehenden Bestimmung anzusehen.

Die Novelle schafft den Landgemeinden, insbesondere dem Großgrundbesitz, außerordentlich hohe finanzielle Vorteile. Das war der Zweck der Vorlage. Unbeabsichtigt ist sie aber durch die Herabsetzung der Voraussetzungen für die Unterstützungspflicht in anderer Fällen für Arbeiter von Vorteil. Ein gedeihliches Unterstützungswohnsitzgesetz müßte auf der Grundlage großer Verbände als Träger der Unterstützungspflicht beruhen.

Die Novelle schreibt endlich vor, daß das Unterstützungswohnsitzgesetz am 1. April 1910 auch in Elsaß-Lothringen eingeführt wird, so daß nur noch Bayern mit den Schäden seines „Heimatrecht" genannten Armengesetzes ein noch rückständigeres, dem Unterstützungsbedürftigen unvorteilhafteres Unterstützungsgesetz hat als das übrige Deutschland.

Scharfmachertum.

Die Oppelner Handelskammer hat in ihrem vor einigen Tagen veröffentlichten Jahresbericht Stellung genommen zur Sozialpolitik. Das geschieht in folgender Weise:

„Warnend müssen wir auch dieses Jahr wieder unsere Stimme erheben vor einem Weiterschreiten auf der abschüssigen Bahn, die die deutsche Sozialpolitik betreten hat. Es gibt kein Kapitel in unserer inneren Politik, das für das deutsche Unternehmertum gleich unerfreulich wäre; mit ernster, banger Sorge blicken wir auf die Entwicklung, die sich hier vollzieht..

Schritt für Schritt weichen Regierung und Parlament vor der Begehrlichkeit der Massen zurück — die Stimme der Industrie und ihrer berufenen und sachkundigen Vertreter verhallt unbeachtet, vielfach sogar ungehört. Forderungen, die noch heute vom Ministertisch aus feierlich als unberechtigt, als unerfüllbar bezeichnet werden, sollen morgen plötzlich verwirklicht werden, weil irgend ein zufälliges, von Menschenhand nicht zu hinderndes Ereignis eingetreten ist, das Begehrlichkeit geschickt für seine Zwecke zu nützen versteht. Nicht praktische Tatsache mehr, nein ideale, theoretische Erwägungen sind dafür entscheidend, ob eine neue gesetzgeberische Maßnahme eingeleitet werden soll oder nicht. Aus solchen theoretisch-idealen Erwägungen heraus ist gegen den einmütigen Widerspruch des gesamten deutschen Unternehmertums der Plan der Errichtung von Arbeitskammern entstanden, ist in allerjüngster Zeit die Novelle zum Berggesetz mit ihren Sicherheitsmännern (Arbeiterkontrolleuren) entstanden."

Zum Schluß ruft das Scharfmacherorgan erbittert aus: „In ihrem Kampfe gegen diese verderbenbringende Sozialpolitik steht die deutsche Industrie so gut wie allein."

Es ist kein Wunder, daß diese Handelskammer von solchen Anschauungen beherrscht wird, gehört ihr ja als einflußreichstes Mitglied der Generaldirektor und Geheime Bergrat Uthemann an, früher im Handelsministerium tätig, derselbe Herr, der als Generaldirektor der Giesche-Gruben in Oberschlesien die brutale Maßregelung der Steiger wegen Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten durchgeführt hat.

Auch in der Plenarversammlung der Oppelner Handelskammer referierte er über die neue Berggesetznovelle und äußerte darüber:

„Die neueste Berggesetznovelle ist wieder einmal ein Gelegenheitsprodukt. Sie verdankt ihre unmittelbare Entstehung in letzter Linie einer zufälligen Ungeschicklichkeit, die beim Besuche des Prinzen Eitel-Friedrich in Radbod untergelaufen ist. Der Prinz wurde nämlich abends in tiefer Dunkelheit auf den Zechenhof von Radbod gefahren, mitten in eine erregte, zum Teil alkoholisierte Menschenmenge hinein. Die Menge bemächtigte sich des Prinzen, um ihm die bekannten sozialistischen Forderungen nach Reichsberggesetz und Arbeiterkontrolleuren in ihrer Art vorzutragen. Dieser Vortrag hat sich in dem vorliegenden Gesetzentwurf verdichtet."

Schließlich verhöhnt Herr Uthemann auch noch den Handelsminister, der mit der Vorlage um die Seele des einzelnen Arbeiters kämpfen wolle. Der Generaldirektor meint: Dieses Seelenkämpfen kommt direkt hinter dem Gesundbeten.

Macht der alte Block die Finanzreform?

Die „Liberale Korrespondenz" der Freisinnigen Vereinigung beantwortet diese Frage wie folgt (Nr. 66 vom 31. März):

„... Nach wie vor liegt also die Entscheidung darüber, ob die Finanzreform durch Konservative, Nationalliberale und Freisinnige gemacht werden soll, bei den Ersten. Sie haben in den gestrigen Verhandlungen (im Reichstage) nicht wieder die Möglichkeit erwähnt, mit dem Zentrum zusammenzugehen, und dieses hat sich wohl gehütet, sich in die Debatte zu mischen, auch der Reichskanzler hat sich um diese Möglichkeit nicht gekümmert. Wohl aber hat er deutlich ausgesprochen, daß er nicht daran denke, sein Amt zu verlassen.

Eine kleine Verbesserung der Situation mag man darin finden, daß die Freikonservativen sich der Auffassung der Liberalen annähern, und daß der konservative Vertreter v. Richthofen eine gewisse Zurückhaltung beobachtet hat. Dagegen ist das Zusammenarbeiten zwischen Konservativen und Freisinnigen durch die sehr scharfe Aussprache nicht erleichert, welche zwischen den Abgeordneten v. Richthofen und v. Oldenburg einerseits und den Abgeordneten Wiemer, Haußmann und Mommsen andererseits stattgefunden hat.

Zwischen den Anschauungen der Konservativen und der Freisinnigen ist ein tiefer Abgrund, der nicht ausgefüllt und auch nicht dauerhaft überbrückt werden kann. Ob es möglich ist, für die Finanzreform eine Notbrücke herzustellen, hängt zum guten Teile davon ab, ob sich der richtige Ingenieur dafür findet, d. h. ob die Regierung in richtiger Weise mitzuarbeiten versteht."

Zu der gleichen Frage bemerkt die „Berliner Morgenpost":

„Es scheint so, als wollten die Liberalen die Liebesgabe für die Nachlaßsteuer in Tausch geben. Damit hätten dann die Konservativen erreicht, was für sie zu erreichen möglich war, denn ihren Widerstand gegen die Nachlaßsteuer hatten sie ja nur mit Rücksicht auf die Stimmung in ihren eigenen Kreisen aufgeben müssen. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß der ganze Kampf um die Nachlaßsteuer, so fatal sie den agrarischen Steuerdrückebergern sein mochte, lediglich ein Scheingefecht zu dem Zwecke, für die Liebesgabe ein Austauschobjekt zu finden.

Wenn die Liberalen sich zu diesem Handel herbeilassen, so hat der Block bestehen. Aber das Ansehen des Liberalismus erhielte einen Stoß, der nicht mehr zu verwinden ist. Der Abgeordnete Haußmann hatte offenbar mit seiner ungewöhnlich scharfen Rede die Absicht, wenigstens dem Links-Liberalismus die Wege zu vernageln! Aber Herr Haußmann, ein so kluger Politiker er sonst sein mag, kennt eben nicht die Triebfedern, nach denen sich die politische Aktion der Berlinischen Chorführer reguliert. Fürst Bülow, der Meister der Lebensphilosophie, dem nichts Menschliches fremd ist, versteht sich besser darauf, die Leute zu nehmen, wie sie genommen werden müssen, und darum wird Bülow über Haußmann siegen.

Aber man verschone uns damit, wenn die Nachlaßsteuer kommt, und die Liebesgabe bleibt, von einem liberalen Erfolge der Blockpolitik zu reden. Zu jeder anderen Zeit, als die Politik sich noch nicht im Gegenspiel zweier zu einem künstlichen Block vereinter Gruppen vollzog, wäre eine Steuer wie die Nachlaßsteuer glatt durchs Ziel gegangen, weil ihre innere Gerechtigkeit den Sieg verbürgt. Die Blockpolitik hat es erst mit sich gebracht, daß alles Gerechte und Selbstverständliche, was dem Geiste einer fortschreitenden Zeit entspricht, mit hohen Preisen von der Reaktion erkauft werden muß, ungerechnet die moralische Einbuße, die der Liberalismus mit jedem Tage seiner Gebundenheit an die Blockkonstellation erleidet."

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 2. April.

— **Freie Volksbühne.** Die Verlosung der Plätze findet am Sonnabend, nachmittags von 5 bis 7½ Uhr, in der „Centralhalle" statt. — Etliche Billette können noch an Nichtmitglieder abgegeben werden. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß kurzsichtige oder schwerhörige Mitglieder, welche bei der Verlosung der Plätze berücksichtigt werden, nur ein Billett für sich allein in den vorderen Reihen erhalten.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Sonnabend geht der erste Teil der Tragödie „Faust" zu kleinen Preisen in Szene mit Herrn Landerer als Faust und Herrn Freiben als Mephisto. Sonntag ist die letzte Vorstellung der diesjährigen Schauspiel-Saison; zur Aufführung kommt die Posse „Der Registrator auf Reisen". Für die am Oster-Sonntag beginnende Opern-Saison werden Abonnements-Bestellungen im Theaterbureau entgegengenommen.

— **Auf das Künstlerkonzert,** welches heute abend von dem städtischen Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Max Cahnbley und Mitwirkung des Pianisten Wilh. Backhaus veranstaltet wird, machen wir hier noch besonders aufmerksam.

— **Unfälle.** Am Mittwoch, den 30. v. M., ereigneten sich auf der Baustelle Herforderstraße, bei Bauunternehmer H. Lührmann, zwei Unfälle. Den einen am Vormittag hatte ein Bauhilfsarbeiter zu beklagen, dem beim Abbruch eines dort vorhandenen Kontorgebäudes eine Zimmerdecke mit Schalung auf den Kopf fiel und der nur dadurch größeren Verletzungen aus dem Wege ging, daß die Decke durch eine Wand im Fallen etwas gehemmt wurde. Die übrigen Arbeiter zogen aus diesem Vorfall aber nicht die nötigen Konsequenzen und so kam es, daß am Nachmittag ein zweiter, ähnlicher Fall passierte. Es stürzte eine Fachwerkwand, welche nicht genügend abgestützt war, vorzeitig um und traf so unglücklich den Maurer Wilhelm Möller von Gut Sudbrack, daß er außer anderen Verletzungen einen Bruch des Schlüsselbeins erlitt. Herr Dr. Hensel leistete die erste Hilfe und Möller mußte dann sofort auf einige Wochen im Krankenhause (Klösterchen) untergebracht werden.

— **Offene Eßwaren in Cafés und Restaurants.** Mehr und mehr reißt die Unsitte ein, in Restaurants oder Cafés Speisen unbedeckt auf dem Büfett oder auf Tischen stehen zu lassen. Mit Recht wird in den „Blättern für Volksgesundheitspflege" ausgeführt, daß diese Gewohnheit mit den hygienischen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn man bedenkt, daß durch den fortwährenden Verkehr der Gäste eine ununterbrochene Staubbewegung vom Boden in die Höhe steigt und beim Niedersinken die Speisen bedecken muß, wenn man ferner bedenkt, daß der Zigarren- und Zigarettenrauch in diesen öffentlichen Räumen nicht ohne Einfluß auf den Geschmack der zur Schau gestellten Speisen bleiben kann, so sind das zwei Momente, die nicht gerade zum Konsum anzuregen geeignet sind, und denen man keineswegs als drittes das Moment der in der Luft stets vorhandenen und mit dem Staub ebenfalls hinabsinkenden Krankheitskeime hinzuzugesellen braucht. Das Gebäck auf den Tischen wird aber außerdem noch sehr häufig von den Gästen mit den Händen berührt, was bekanntlich höchst unappetitlich ist, weil die Hände nie sauber sind und auch die Waschgelegenheit in Restaurants und Cafés durchaus nicht einwandfrei ist. — Die beste Lösung ist ohne Zweifel die Aufbewahrung der Nahrungsmittel unter einer Glasglocke nur am Büfett. Gar mancher wird Backwaren genießen, wenn er von ihrer Sauberkeit überzeugt ist, der jetzt einen Ekel dagegen hat. xfg.

Oeffentliche Schuhmacher-Versammlungen

finden statt:

Bielefeld. Sonntag, 4. April, nachmittags 3 Uhr, bei Hannemann, Webereistraße.

Herford. Dienstag, 6. April, abends 8½ Uhr, bei Seeger, Neuer Markt.

In beiden Versammlungen: Vortrag des Gauleiters Weber-Köln über „Christliche oder freie Gewerkschaften".

Versammlungen.

Bielefeld. Sozialdemokratischer Verein, 15. Bezirk. Sonntag, 4. April, vormittags 9½ Uhr, bei Heinrich Kaiser: Besprechung.

— Arbeitersängerbund. 1. Bezirk (Bielefeld). Sonntag, 4. April, vormittags 9½ Uhr, in der „Centralhalle": Chorprobe.

Brackwede. Volksversammlung. Sonntag, 4. April, abends 6 Uhr, bei Goldstein, Friedrichsdorferstr. T.-O.: „Die Steuerpolitik und die Tätigkeit des Reichstags". Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse C. Severing.

Schildesche. Soz. Verein. Sonnabend, 3. April, abends 9 Uhr, bei Lücking: Versammlung. T.-O.: Vortrag des Genossen C. Hoffmann-Bielefeld über: „Die Erhaltung der Energie in der Natur".

Dornberg. Arb.-Turnverein „Jahn". Sonntag, 4. cr., nachmittags 3 Uhr, bei Indiestel-Bielefeld: Generalversammlung.

Rheda. Soz. Verein. Sonnabend, 3. April, abends 8½ Uhr, bei Kipp: Versammlung.

Herford. Gew.-Kartell. Sonnabend, 3. April, abends 8½ Uhr, bei Hillert: Sitzung.

Bünde. Soz. Verein. Sonntag, 4. April, nachm. 4 Uhr: Versammlung.

Spradow. Soz. Verein. Sonntag, 4. April, nachm. 2 Uhr: Besprechung.

Hunnebrock. Soz. Verein. Sonntag, 4. April, nachmittags 3 Uhr: Versammlung.

Oerlinghausen. Die für Sonnabend angesagte Protestversammlung gegen die Tabaksteuer findet nicht statt.

Brake (Lippe). Soz. Verein. Sonntag, 4. April, abends 7½ Uhr, bei Heimbecher: Versammlung.

Oetinghausen. Soz. V... 4 Uhr: Versammlung „... schaften" und Gew... Herford.

Oennhausen. Gew.-K... 9½ Uhr: Sitzung. — Maurerverband... Uhr: Versammlung.

Stadthagen. Gew.-K... 10 Uhr: Sitzung.

Münster. Oeffentliche... 4. April, vormittags ... Alkoholismus und ... Nachmittags 4 Uhr: Produktionsmittel ... feld.

Tabakverein

Aus der Denkschrift ... 1. Dezember 1905 gegen ... 125 Mk. pro Doppelzentner ... selbst der Regierung ein ... der nachstehende kurze ...

„Für die Konsumenten ... Tabakvereins", erhöht ... Zuschlag von 33½ Prozent ... nutzen des Zwischenhandels ... von 55 212 217 Mk. aufgebracht ... das deutsche Volk nicht ... seinen Tabakgenuß ... 200 000 000 Mk. mehr aufgebracht ... werden sollen. Es wird ... gang des Verbrauchs ... Schätzung des Umfangs ... möglich, da die Entwicklung ... Deutschland sowie der Einfuhr ... die wichtigeren Tabaksorten ... spielen werden. Daß aber ... deutschen Verbraucher ... herigen 512 Millionen ... steht sicherlich außer Frage, ... wird dem deutschen Tabakbau ... außerordentlich umfangreiche ... unabwendbare Folge sein ... Fabrikationsbezirke, namentlich ... kation, getragen werden, die ... ehemals armen, aber durch ... besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ... Gebiete in überaus glücklicher ... licher Arbeit beschäftigt. Die ... Zigarrenindustrie werden ... Folgen sich deshalb noch ... weil die Erweiterung des ... Tabakzoll eine Verschiebung ... Nord- und Mitteldeutschland ... treibenden Gebieten Süddeutschlands ... haben wird. Schon durch ... 1879 ist dies in hohem Grade ... Nachweisungen der Gewerbe- ... der Tabak-Berufsgenossenschaft ... in der Zigarrenfabrikation ...

Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Rheinland) ...
Uebriges Deutschland ...

Diese Verschiebung wird ... Sorten in der Preislage ... diejenigen zu 6 Pfg., ... Mitteldeutschland hergestellt ... der vorgeschlagenen Spanne ... mehr ohne deutschen Tabak ... in Süddeutschland würden ... dem übrigen Deutschland ... würden an den Frachten ... und, weil inmitten des ... mittelt vom Produzenten ... gen Verhältnisse auch ... können."

5000 Meter Breite

Serie I
Gute Qualität, neueste Muste

Serie II
Prima Qualität elegante Must

Serie III
Relief-Bindung aparte Zeichn

Serie IV
Macco-Garne Kreuztüll

Niedernstr

Oetinghausen. Soz. Verein. Sonntag, 4. April, nachm. 4 Uhr: Versammlung. T.-O.: Vortrag über „Genossenschaften" und Gründung einer Filiale des Konsumvereins Herford.

Oeynhausen. Gew.-Kartell. Sonntag, 4. April, vormittags 9½ Uhr: Sitzung.

— Maurerverband. Sonnabend, 3. April, abends 6½ Uhr: Versammlung.

Stadthagen. Gew.-Kartell. Sonntag, 4. April, vormittags 10 Uhr: Sitzung.

Münster. Oeffentliche Versammlungen. Sonntag, 4. April, vormittags 11 Uhr, bei Brinkmann. Thema: Alkoholismus und Arbeiterbewegung.

Nachmittags 4 Uhr: „Die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel." Referent: Genosse M. Sachs-Bielefeld.

Tabakverein und Zollerhöhung.

Aus der Denkschrift des „Deutschen Tabakvereins" vom 1. Dezember 1905 gegen die damals projektierte Zollerhöhung auf 125 Mk. pro Doppelzentner dürfte heute, wo der Tabakverein selbst der Regierung ein Zollangebot von 140 Mk. gemacht hat, der nachstehende kurze Auszug allgemeines Interesse erwecken.

„Für die Konsumenten," erklärt der Vorstand des „Deutschen Tabakvereins", erhöht sich die Mehrbelastung noch durch den Zuschlag von 33⅓ Prozent für den durchschnittlichen Bruttonutzen des Zwischenhandels, so daß demselben eine Mehrbelastung von 55 212 217 Mk. aufgebürdet werden soll. Zweifellos ist aber das deutsche Volk nicht in der Lage, 55 000 000 Mk. jährlich für seinen Tabakgenuß mehr auszugeben, zumal noch rund 200 000 000 Mk. mehr an sonstigen Steuern von ihm ausgegeben werden sollen. Es wird deshalb jedenfalls ein erheblicher Rückgang des Verbrauchs stattfinden. Eine annähernd genaue Schätzung des Umfangs dieses Rückgangs im Verbrauche ist unmöglich, da die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sowie der Ernteausfall und die Preisgestaltung für die wichtigeren Tabaksorten dabei eine bedeutungsvolle Rolle spielen werden. Daß aber viele Jahre vergehen werden, bis die deutschen Verbraucher deutscher Tabakfabrikate statt der bisherigen 512 Millionen 567 Millionen Mark ausgeben können, steht sicherlich außer Frage. Diese lange Zeit des Ueberganges wird dem deutschen Tabakgewerbe schwere Wunden schlagen; außerordentlich umfangreiche Arbeiterentlassungen werden die unabwendbare Folge sein, und damit wird Unzufriedenheit in die Fabrikationsbezirke, namentlich der deutschen Zigarrenfabrikation, getragen werden, welche bekanntlich ihre Arbeitskräfte in ehemals armen, aber durch unsere Industrie allmählich zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen gelangenden ländlichen Gebiete in überaus glücklicher Verbindung mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt. Für den größten Teil der deutschen Zigarrenindustrie werden die vorstehend dargelegten schlimmen Folgen sich deshalb noch in verschärftem Maße geltend machen, weil die Erweiterung der Spannung zwischen Tabaksteuer und Tabakzoll eine Verschiebung in der Herstellung von Zigarren in Nord- und Mitteldeutschland nach den hauptsächlich Tabakbau treibenden Gebieten Süddeutschlands zur unabweisbaren Folge haben wird. Schon durch die Erhöhung des Zollschutzes von 1879 ist dies in hohem Maße herbeigeführt worden. Nach den Nachweisungen der Gewerbestatistik vom 1. Dezember 1875 und der Tabak-Berufsgenossenschaft ergeben sich folgende Anteile der in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Arbeiter für:

	1875	1887	1904
Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Rheinland)	18⅔ Proz.	25 Proz.	33 Proz.
Uebriges Deutschland . .	81⅓ „	75 „	67 „

Diese Verschiebung würde jetzt eine viel stärkere werden. Die Sorten in der Preislage zu 5 Pfg. und zum großen Teil auch diejenigen zu 6 Pfg., welche jetzt noch stark in Westfalen und Mitteldeutschland hergestellt werden, könnten nach dem Eintreten der vorgeschlagenen Spannung zwischen Steuer und Zoll nicht mehr ohne deutschen Tabak gearbeitet werden. Die Fabrikanten in Süddeutschland würden dann gegenüber dem Wettbewerb aus dem übrigen Deutschland außerordentlich im Vorteil sein; sie würden an den Frachten für den Bezug deutschen Tabaks sparen und, weil inmitten des Produktionsgebietes wohnend, unvermittelt vom Produzenten und in besserer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse auch in sonstiger Beziehung besser einkaufen können."

„. . . . . Mit dem guten Recht, welches Sachkenntnis gibt, und nach gereifter Prüfung der Vorschläge der verbündeten Regierungen kommen wir zu folgendem Schlusse unserer allgemeinen Bemerkungen: Auch der neue Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung der Tabaksteuer und Zollgesetzgebung wird sich nicht durchführen lassen, ohne das Tabakgewerbe für jetzt auf das schwerste in seiner Entwicklung zurückzuwerfen und auf lange Zeit zu hemmen.

Neben diesen schweren volkswirtschaftlichen Schäden wird aber auch die große Zahl der mit ihrem Erwerb und der Ernährung ihrer Angehörigen von demselben abhängigen über 200 000 Arbeitskräfte und Angestellten in ihrer Lebenshaltung auf das empfindlichste beeinträchtigt werden, ebenso die für das Tabakgewerbe beschäftigten Hilfsindustrien mit ihren zahlreichen Arbeitern und Beamten, sowie auch die über 100 000 zählenden wirtschaftlichen Existenzen, welche ganz oder zum Teil im Handel mit Tabakfabrikaten ihren oft nur bescheidenen Erwerb finden."

* **Schildesche,** 1. April. Am hiesigen Orte ist jetzt eine Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes gegründet worden. Es ist nunmehr den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit geboten, einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Abstinentenorganisation beizutreten. Anmeldungen nehmen entgegen: Hermann Nolte, Düppelstr. 18, und Wilhelm Holz, Lerchenstr. 19.

* **Gütersloh,** 1. April. Die nächste Rechtsauskunftsstunde findet am Sonntag, 4. April, vormittags von 9 bis 11½ Uhr im Lokale des Herrn Klau, Berlinerstraße, statt.

* **Minden,** 1. April. Christlich-soziale Versammlung. Uns geht folgendes Schreiben zu:

An die Redaktion der Volkswacht, Bielefeld.

Soeben von einer Reise zurückgekehrt, lese ich in Nr. 76 Ihrer Zeitung vom Mittwoch, den 31. März d. J., auf S. 2 in einem Berichte aus Minden über die christlich-soziale Versammlung am 24. März daselbst folgende Worte, die mir in den Mund gelegt worden sind:

„er (ich) spreche offen aus, daß man sich auf keine Partei, außer der Sozialdemokratie, mehr verlassen könne."

Ich erkläre hiermit, daß ich diese oder eine ähnliche Aeußerung nicht gemacht habe. Meine Darlegungen lauteten, daß in allen bürgerlichen Parteien, die ich der Reihe nach durchsprach, vorwiegend nach politischen Gesichtspunkten, und nicht nach rein wirtschaftlichen die Tabaksteuerfrage betrachtet werde und deshalb auf keine von ihnen hierin unbedingter Verlaß sei. Von der sozialdemokratischen Partei habe ich mit keinem Worte gesprochen.

Ich ersuche Sie ergebenst, diese Richtigstellung in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen. Hochachtend

A. Hindenberg,
Syndikus der Handelskammer.

Wir müssen aus diesem Anlaß wiederholt unsere Berichterstatter ersuchen, nur Tatsachen zu berichten, und eigene Phantasien oder Kombinationen für sich zu behalten. Dadurch werden uns viele Berichtigungen und Prozesse erspart bleiben. Allerdings dürfte in diesem Falle unser Berichterstatter entschuldbar sein, da er in der Hitze des Gefechts etwas zu hören geglaubt hat, was Herr Hindenberg zwischen den Zeilen seiner Rede nicht ausgesprochen hat.

* **Hagen,** 1. April. Auf dem Hofe des hiesigen Landgerichts ist heute früh der wegen Lustmordes zweimal zum Tode verurteilte Waldarbeiter Hesse hingerichtet worden.

* **Köln,** 1. April. Mord. In Elberfeld wurde der Gastwirt Schlentz von seinem Stiefsohne ermordet. Der Gastwirt wurde heute morgen auf dem Billard tot aufgefunden. Der Mörder, ein 30jähriger Mann, leugnet. An seinen Kleidern wurden Blutflecken gefunden, ferner fand man bei ihm einen Schlüssel zu einer Gasleitung, mit dem er die Tat verübt hatte.

* **Duisburg,** 1. April. Vom Hochwasser der Ruhr wurde die Leiche eines etwa 70jährigen Mannes mit auf den Rücken gebundenen Händen, einer schweren Kopfwunde und einem Knebel im Munde angetrieben. Anscheinend liegt ein Raubmord vor.

* **Aachen,** 1. April. Ein Dynamitattentat auf eine Kirche. Gegen die Kirche auf dem Schäsberge bei Aachen wurde heute morgen ein Dynamitattentat verübt. Einbrecher sprengten mittels Dynamit die Kirchentür, die Fenster wurden zertrümmert und die Mauern erhielten Risse. Wertvolle Kostbarkeiten wurden geraubt.

Bielefelder Stadttheater.

en. Donnerstag, 1. April: Der Strom, Schauspiel in 3 Akten von Max Halbe. Der Gutsbesitzer Doorn hatte drei Söhne, er hat aber nur den beiden Aeltesten eine gute Schulbildung zuteil werden lassen, der jüngste hat mit der Dorfschule fürlieb nehmen müssen. Als er starb, hat er zwar dem Jüngsten versprochen, für ihn zu sorgen, indem er ihm den sogenannten Ullrichshof vermachte, im Testament aber ist Peter, der älteste, zum Universalerben eingesetzt worden. So muß denn Jakob als Knecht auf dem Gut leben, während Heinrich als Ingenieur nach Amerika gegangen ist. Wie das Stück anhebt, erfahren wir, daß Jakob sich in wilder Begierde nach seines Bruders Frau verzehrt, und daß Peter mit seiner Frau Renate keinen ehrlichen Verkehr mehr hat. Es sind vor fünf Jahren ihre beiden Knaben in der Weichsel, welche beim Gut vorbeifließt, ertrunken, da hat Peter einer Frau das Geständnis gemacht, daß er das richtige Testament, in welchem für die beiden jüngeren Brüder gesorgt war, vernichtet hat. Renate glaubt, daß ihre Kinder die Schuld des Vaters haben büßen müssen und verabscheut seit dieser Zeit Peter. Da kommt Heinrich, der sie früher geliebt und um sie angehalten hatte, als Strombaumeister nach dem Gut, um die Weichsel zu regulieren. Der erste Akt, der an einem Sonntag im Februar spielt, bringt uns so die Exposition, im zweiten Akt, der 10 Tage später spielt, kommt der Konflikt zum Ausbruch. Renate klagt ihren Mann vor Heinrich an, das Testament vernichtet zu haben, und während so in der Familie der wildeste Tumult ausbricht, geht auch der Aufruhr in der Natur los, das Eis bricht, Eisgang mit Hochwasser bringen die äußerste Gefahr für die ganze Bevölkerung. Dieser zweite Aktschluß ist prachtvoll, er repräsentiert den Höhepunkt des Stücks.

Der dritte Akt spielt unter dem fortwährenden Gepolter des Eisganges. Er schleppt sich mühselig hin, am Ende will Jakob im halben Wahnsinn den Damm durchstechen, weil er erkannt hat, daß Renate nicht ihn, sondern Heinrich liebt. Peter, der Deichhauptmann, hindert ihn hieran, im Kampfe hierbei stürzen beide in den Strom und — das Stück ist aus.

Auch hier wie bei der „Jugend" und „Haus Rosenhagen", kein wirklicher Schluß. Der Konflikt ist nicht gelöst, der Eisgang hat doch in Wirklichkeit mit der Erbschaftsfrage nichts zu tun. Wie nun, wenn das Familiendrama zum Austrag kam, wenn kein Eisgang einsetzte. Wäre es darum weniger furchtbar gewesen? Der Tod des Schuldigen kann aber doch nur eine Lösung des Konflikts bringen, wenn er im Zusammenhang damit erfolgt, und dies ist hier nicht der Fall. Man kann sich also der angenehmen Hoffnung hingeben, daß aus Heinrich und Renate noch ein Paar werden wird.

Gespielt wurde ganz ausgezeichnet. Rosa Wontesch gab die kleine Rolle der alten Großmutter höchst wirkungsvoll. Emil Landerer, Horst Rudelt und Emil Pape verkörperten die drei Brüder Peter, Heinrich und Jakob in voller Lebenswahrheit. Melly Stollberg spielte die Renate und Willy Schweisguth den alten Reinhold Ullrichs.

Briefkasten der Redaktion.

H., Oeynhausen. Ihre Frage ist nicht klar. Wenn der Vater seinem Sohn die Besitzung übertragen hat, braucht der Sohn später nicht für anderweitige Verpflichtungen seines Vaters einzutreten, vorausgesetzt, daß die Uebertragung nicht als ein Scheingeschäft anfechtbar ist.

K. 99, Detmold. Zu 1 und 2. Arbeiter-Turnerbund, Leipzig, Lange Straße 34. Zu 3. Detmold wird zum 4. Bezirk des 11. Kreises gehören. Sitz des Kreisvorstandes Bremen. Der Bezirksvorsitzende, Julius Kindermann in Schildesche bei Bielefeld, Heeperstraße 41, wird Ihnen gern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Nach Rheine. Es müssen uns bei derartigen Mitteilungen oder Angriffen auf Gegner immer die vollständigen Namen angegeben werden, nicht nur die Anfangsbuchstaben, denn dadurch können Personen in Verdacht kommen, deren Namen mit den gleichen Buchstaben beginnen. Außerdem genügt es nicht, zu sagen: Es soll Strafantrag gestellt sein. Ist er gestellt oder ist er's nicht. Der zweite Fall erscheint uns zudem nicht genügend erwiesen. Es ist nötig, daß Sie sich da genauer vergewissern. Sie müssen also Ihre Angaben in diesem Sinne ergänzen, dann werden wir die Notiz bringen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs,** für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher,** beide in Bielefeld.

Enorm billiger Gardinen-Verkauf.

5000 Meter Breite Gardinen

Serie I Gute Qualität, neueste Muster	Meter	42 ₰
Serie II Prima Qualität elegante Muster	Meter	78 ₰
Serie III Relief-Bindung, aparte Zeichnung	Meter	98 ₰
Serie IV Macco-Garne in Kreuztüll	Meter	1.15

Abgepasste Vorhänge

Serie I	Fenster 2 Schals	2.45
Serie II	Fenster 2 Schals	4.85
Serie III	Fenster 2 Schals	7.25
Serie IV	Fenster 2 Schals	9.75
Stores	mit und ohne Volant 9.75 7.50 5.75	3.45

Rouleaux-Köper 84 cm	Meter	38 ₰
Rouleaux-Damast 130 cm	Meter	98 ₰
Rouleaux-Damast 84 cm	Meter	75 ₰
Tuch-Borde	Meter	28 ₰
Tüll-Blende	Meter	38 ₰
Läuferstoffe	Meter	24 ₰
Zug-Rouleaux 4.25, 3.30, 2.75,		1.95

Gardinen-Zutaten

Porzellan-Ringe	Stück	1 ₰
Porzellan-Glocken	Stück	3 ₰
Ringband, doppelt	Meter	7 ₰
Gardinenkordel	20 Meter	35 ₰
Gardinen-Messingstäbchen zum Ausziehen	35, 20 und	8 ₰
Rosetten	26, 15, 10 u.	8 ₰
Gardinenhalter	15, 10 u.	5 ₰
Gallerien bis 160 cm	85, 48 u.	30 ₰
Ausziehbare Gardinen-Stangen, komplett		68 ₰

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13. **BIELEFELD.** **Niedernstrasse 13.**

1934



Frühjahr 1909





Allein-Verkauf.

Haupt-Niederlage

Den geehrten **Bewohnern** von **Bielefeld** und **Umgegend** die ergebene Mitteilung, dass **sämtliche**

Frühjahrs- u. Sommerwaren

in **aussergewöhnlich reicher Auswahl** eingetroffen sind.

Ausser dem **Alleinverkauf** für die hiesige

Schuhfabrik Westfalia Kröger & Co.,



deren Fabrikate

K & M B Schutzmarke

Preisgekrönt mit der

Goldenen Medaille

haben wir, dem stets wachsendem Konsum unserer Geschäfte Rechnung tragend, für noch einige der **bedeutendsten Schuh-Fabriken den Alleinverkauf** übernommen.

Unsere **Leistungs-** und **Lieferungsfähigkeit** und die dadurch **bedingten billigen Preise** sind

unerreicht!

Wir laden zur **Besichtigung ohne Kaufzwang** ein und empfehlen uns

hochachtungsvoll

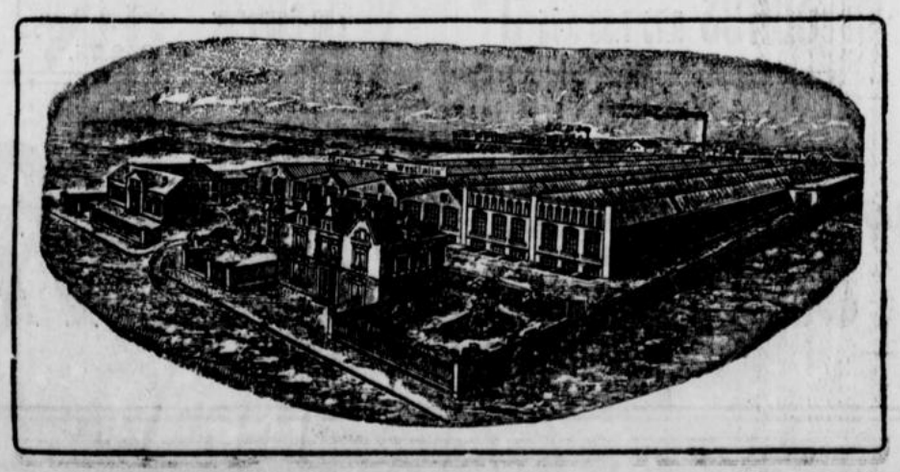
Vereinigte Schuhwaren-Geschäfte Bielefelds:

„Hansa" im Hansa-Haus, Niedernstrasse Nr. 26. Telephon 166.

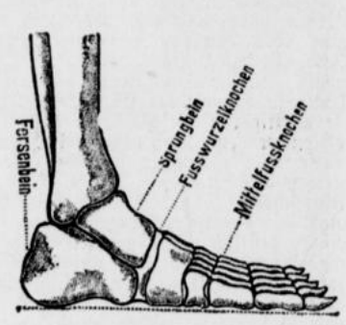
„Zum Hans Sachs" Gehrenberg Nr. 4, gegenüber von der Nahmer. Telephon 807.

„Fortuna" Gütersloherstrasse Nr. 33, Ecke Bethel. Telephon 1130.

„Vor der Schuh-Fabrik Westfalia", Herforderstrasse Nr. 101. Telephon 9.



1921



Moderne Massanfertigung



Fussabdruck

erbitten bei Versand nach auswärts.

Haupt-Niederlage

der bekannten



Wildfang-Stiefel.

Reparaturen

in bester Ausführung

:: auch mit ::



Gummi-Absätzen

und



Gummi-Ecken.

—

Allein-Verkauf

der



Rauhbein-Stiefel.

„Hassia"
erste Fussstütze.
weite Fussstütze.
ein-
kauf.
erne
fertigung
Fusswurzelknochen
Mittelfussknochen
druck
i Versand
swärts.
pt-
rlage
annten
fang-
fel.

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 78. Bielefeld, Freitag, 2. April 1909. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

Abendsitzung vom Mittwoch, den 31. März.

Am Bundesratstisch: v. Schön, Schulz, Breitenbach.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amts wird fortgesetzt.

Beim Titel Konsulat in Caracas rügt

Abg. Dr. Görcke (natl.) den mangelnden Schutz der Deutschen in Venezuela.

Der Titel wird bewilligt.

Nach fast debatteloser Bewilligung von zirka 100 weiteren Titeln bespricht beim Titel Konsulat in Saloniki Abg. Lic. Everling die konfessionellen Verhältnisse der Deutschen in Saloniki und verwahrt sich gegen Eingriffe des Reichstags in die Kompetenz der evangelischen Oberkirchenrats. (Heiterkeit bei den Soz. und im Ztr.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (W. Vg.) beklagt die sittliche Gefährdung der evangelischen Konfirmandinnen in Saloniki durch den „Simplicissimus". Dadurch sei der in Rede stehende Konflikt hervorgerufen. Ein evangelischer Pfarrer darf nicht Mitglied in einem Klub sein, in welchem der „Simplicissimus" gehalten wird. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Schön nimmt die Konsulatsbeamten in Saloniki gegen die Angriffe des Herrn Abg. v. Liebermann in Schutz.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (W. V.) führt unter ständig steigender Unruhe aus, daß der Staatssekretär einseitig unterrichtet sei.

Staatssekretär v. Schön verliest ein ihm vom Konsulatsdragoman übersandtes Schreiben. Er überreicht dieses dann dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg, der das Wort nimmt, ohne den Vizepräsidenten Kaempf gefragt zu haben. (Allgemeine Unruhe.)

Unter allgemeinem Beifall verzichtet Staatssekretär v. Schön auf eine nochmalige Erwiderung.

Der Titel wird schließlich bewilligt.

Nach unwesentlicher Debatte gelangt ein nationalliberaler Antrag zur Annahme, zur Entsendung von Sachverständigen ins Ausland für landwirtschaftliche Untersuchungen dieselbe Summe zu bewilligen, als die Regierungsvorlage vorgesehen hatte.

Gleichfalls angenommen wird ein freisinniger Antrag, der eine von der Budgetkommission beschlossene Streichung zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke in Deutschland wieder aufhebt.

Es folgt ein Ergänzungsetat, der Mittel zum Erwerb einiger Grundstücke für militärische Bauten in Köln, Berlin usw. fordert.

Er wird debattelos in erster und zweiter Beratung angenommen.

Abg. Singer (Soz.) — zur Geschäftsordnung —: Ich beantrage, nicht mehr in die Beratung des Etats der Eisenbahnen einzutreten, sondern uns zu vertagen. Der verfassungsmäßige Termin zur Fertigstellung des Etats kann doch nicht innegehalten werden, und für die nächsten Tage ist durch den Notparagraphen im Etatsgesetze gesorgt. Wenn man eine Verhandlung führen will, so darf es nicht nur eine Verhandlung dem Namen nach sein. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Nach außen hin muß es einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn die Etatsberatung in einer Weise überhastet wird, von der auch jeder Nichtkenner des Etats sagen muß, daß es nur geschieht, um mit dem Etat zu einem bestimmten Termin fertig zu werden. Der Etat muß eben uns so frühzeitig zugehen, daß alle, die das Wort dazu nehmen, es auch bekommen, ohne durch Ungeduld gestört zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Präsident läßt über den Antrag abstimmen, derselbe wird abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) — zur Geschäftsordnung —: Vor der Abstimmung hätte die Unterstützungsfrage gestellt werden müssen. Wenn das geschehen wäre, so hätte ich vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Ich bedaure, daß mir nicht Gelegenheit gegeben wurde, von diesem geschäftsordnungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Ich werde das aber bei der ersten Abstimmung, die erfolgen wird, tun.

Präsident Graf Stolberg: Ich gebe zu, daß vorhin ein Versehen passiert ist; es fand gerade ein Wechsel im Präsidium statt. Jetzt schlage ich vor, in der Verhandlung fortzufahren.

Abg. Singer (Soz.): Nachdem der Präsident das Versehen festgestellt, hätte ich erwartet, daß die Abstimmung für ungiltig erklärt würde. Im übrigen möchte ich meinen Antrag auf Vertagung wiederholen.

Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht zulässig, Sie müssen mindestens noch einen Redner abwarten.

Der Präsident erteilt das Wort dem Berichterstatter zum Etat der Reichseisenbahnen, Abg. Schwabach (natl.). Auf Zurufe von der Rechten will er zunächst verzichten, erstattet dann aber seinen Bericht. Inzwischen geht ein Vertagungsantrag der Mehrheitsparteien ein, der unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten angenommen wird.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Rest der Etatsberatung.)

Schluß 10¼ Uhr

---

239. Sitzung vom 1. April.

Am Bundesratstisch: v. Breitenbach, Dr. Sydow.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Minuten.

Die Etatsberatung wird beim Etats der Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Dr. Will-Straßburg (Ztr.) bedauert den Rückgang der Erträgnisse der Reichseisenbahnen infolge der niedrigen wirtschaftlichen Konjunktur.

Abg. Böhle (Soz.) tadelt die Bahnhofszensur. Die Verfügung, durch die neuerdings neben sozialdemokratischen Blättern auch Witzblätter vom Bahnhofsvertriebe ausgeschlossen seien, sei ganz ungehörig und unzeitgemäß. Dasselbe gelte von einer Verordnung, derzufolge nur die auf preußischen und hessischen Hochschulen diplomierten Techniker auf den Reichsbahnen Anstellung finden. Offenbar spielten dabei Rücksichten auf politische Gesinnung mit. Und wie komme die Verwaltung dazu, den Eisenbahnbeamten die Teilnahme an den Wahlrechtsdemonstrationen bei Strafe der Entlassung zu verbieten! Weiter übt Redner eingehend Kritik an den Arbeitsverhältnissen auf den Reichsbahnen.

Abg. Wetterlé (Ztr., Els.) wünscht eine bessere Verbindung zwischen Paris und Wien durch das Elsaß.

Abg. Werner (Reformp.) kritisiert das Verhalten des Kohlensyndikats der Eisenbahnverwaltung gegenüber.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Offiziell ist der Wunsch nach einer neuen Verbindung nach Frankreich an die Verwaltung noch nicht herangetreten. Ich werde aber die Frage mit Interesse im Auge behalten. Die Kohlenlieferungsverträge sind 1907 auf drei Jahre abgeschlossen. Tatsache ist, daß wir dabei für 1908 einen Gewinn gehabt haben, denn hätten wir nur auf ein Jahr abgeschlossen gehabt, so hätten wir viel mehr zahlen müssen. Auch die österreichischen und andere ausländische Staatsbahnen haben sich inzwischen zu mehrjährigen Abschlüssen verstanden, und zwar zu höheren Preisen, als wir zahlen.

Abg. Storz (Deutsch. Volksp.) bittet um bessere Verbindungen zwischen Württemberg und dem Reichslande.

Abg. Heckscher (Fr. Vg.) bedauert den Ausschluß sozialdemokratischer Zeitungen von den Bahnhofsbuchhandlungen.

Minister v. Breitenbach: Anträge auf bessere Verbindung mit Württemberg sind nicht an uns gelangt. Sozialdemokratische Literatur gehört nicht in die Bahnhofsbuchhandlungen.

Abg. Behrens (W. Vg.) fordert Erweiterung der Rechte der Arbeiterausschüsse.

Abg. Emmel (Soz.): Der Verzicht auf das Streikrecht ist bedeutungslos. Die Eisenbahnarbeiter werden sich trotzdem organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen, wenn der Minister auch noch so brutal gegen sie vorgeht. (Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Mit dem persönlichen Adel ist leider dem Eisenbahnminister nicht der Adel der Gesinnung verliehen worden.

Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Ich begreife es, daß dem Abg. Emmel der Verzicht der großen Organisationen auf das Streikrecht unangenehm ist, weil seine Partei bald isoliert sein wird. Die Kohlenausfuhrtarife sind für Frankreich, Italien und die Schweiz aufgehoben, so daß die vom Abg. Grafen Kanitz eingeleitete Bewegung erfolgreich war. Wir wünschen nicht, daß die Arbeiterausschüsse untereinander in Verbindung treten.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamtes.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich habe neulich vor den drohenden Zollerhöhungen in Amerika gewarnt. Herr Gothein hat unserer Industrie einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er meine Worte abzuschwächen suchte. Er hat wieder das lahme Pferd des Freihandels geritten. Es ist schon jetzt sehr lahm und Herr Gothein wird es wohl noch erleben, daß es ganz zu Fall kommt.

Abg. Kaempf (Fr. Vp.): Wir gehen in freihändlerischer Richtung vorwärts. An dieser Tatsache muß jeder Widerspruch zerschellen. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Ich erinnere auch an die letzte Erklärung des Fürsten Hatzfeldt, daß die Zeit vorüber sei, wo lediglich agrarische Interessen auf Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches Einfluß üben dürften, weil die ländliche Bevölkerung nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.)

Abg. Arendt (Rp.): Es soll kein Mißverständnis über die Fürst Hatzfeldtsche Erklärung auftauchen. Sie ging nicht dahin, daß in irgend einer Weise von einer einseitigen aggressiven Politik gesprochen wurde auf Kosten anderer Berufsstände. Meine Freunde haben immer die Interessen aller Berufsstände zu wahren gesucht. Ohne die ausreichende Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen ist eine gedeihliche volkswirtschaftliche Entwicklung in Deutschland jedenfalls nicht möglich. (Beif. rechts.)

Abg. Weber (natl.): Wir sind im Gegensatz zu Kaempf der Ansicht, daß die heutige Situation und die heutige Lage der Landwirtschaft zweifellos auch der Industrie und dem Handel Deutschlands wesentliche Vorteile verschafft hat. (Hört, hört! rechts.) Bei uns würden dieselben Mißstände einreißen wie in England, wenn es anders wäre. Die Landwirtschaft ist jetzt jedenfalls ein stärkerer Abnehmer unserer Industrie als früher. Und wir bleiben gewillt, diese Stellung der Landwirtschaft und damit unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. (Beifall rechts und bei den Natl.)

Abg. Graf Kanitz bestreitet noch, daß ein Getreideexport stattfinde. Wir haben keinen Anlaß, Freihändler zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. Kaempf: Der Freihandel wird seinen Weg finden.

Abg. Arendt (Rp.) bespricht sodann noch die Silberausprägungen. Die gesteigerten Gewinne daraus seien für dies Jahr voraussichtlich so groß, daß sie nicht mehr allein für Stärkung des Betriebsfonds, sondern auch für allgemeine Staats- bezw. Reichszwecke Verwendung finden müßten.

Reichsschatzsekretär Sydow: Den Gewinn aus Silberprägungen nicht zu den laufenden Ausgaben zu verwenden, sondern nur zur Stärkung des Betriebsfonds, ist ein Gebot der Solidität. (Schluß folgt.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 31. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Aronsohn (Fr. Vp.) fordert bessere Zugverbindungen für Bromberg.

Abg. Hirsch-Essen (natl.) bittet um Beschleunigung des Baues der in der Vorlage vorgesehenen Linie Herscheid-Plettenberg und weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes im Sieger- und Sauerlande.

Abg. Haarmann (natl.) fordert Ausbau der Strecke Lüdenscheid-Herscheid.

Abg. Brors (Ztr.) tritt für eine direkte Verbindung von Köln durch den Westerwald nach Frankfurt a. Main ein.

Abg. Trimborn (Ztr.) sucht an der Hand einer eigenhändig angefertigten großen Karte nachzuweisen, daß bessere Bahnverbindungen zwischen Köln und München-Gladbach unbedingt notwendig seien. Die Erbauung der interurbanen Schnellbahn Köln-Düsseldorf sollte man den beiden Städten Köln und Düsseldorf überlassen.

Abg. Dr. Becker (Ztr.) fordert bessere Zugverbindungen von Köln nach den oberbergischen Landen.

Eine Anzahl weiterer Redner der bürgerlichen Parteien bringen lokale Wünsche vor. Es werden insbesondere bessere Zugverbindungen und neue Bahnen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln und Kassel gefordert.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß: 6 Uhr.

---

66. Sitzung vom Donnerstag, 1. April

Am Ministertische: Kommissare.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die erste Beratung der Sekundärbahnvorlage wird fortgesetzt.

Abg. v. Schmeling (kons.) fordert zweigeleisigen Ausbau der Strecke Belgard-Zoppot;

Abg. Strosser (kons.) Verkehrsverbesserungen für den Kreis Lublinitz;

Abg. Dr. Busse (freikons.) Erschließung des Ostens von Hohensalza.

Abg. Haarmann (natl.) verlangt eine direkte Verbindung vom Ruhrtal nach dem Wuppertal. Dadurch könne die Strecke Witten-Barmen um 15 Kilometer verkürzt werden.

Abg. Dr. Heidweiller (natl.) tritt für eine neue Bahnlinie Montebaur-Nassau ein.

Abg. v. Bülow-Homburg (natl.) fordert neue Verbindungen für den Taunus und ein zweites Geleis für die Linie Limburg-Höchst.

Abg. Böltin (Ztr.) bittet um eine neue Bahnlinie von Bernkastel nach dem Hunsrück.

Abg. Dr. Arendt (freikons.) fordert eine Nebenbahn Eisleben-Mansfeld und die weitere Erschließung des Mansfelder Seekreises durch Kleinbahnen.

Abg. Mogk (natl.) bittet um umfassende Erschließung der arg vernachlässigten Tucheler Heide durch Bahnbauten.

Abg. Wagner (freikons.) dankt der Regierung für die vorgesehene Umwandlung der Nebenbahnen Striegau-Merzdorf und Jauer-Rohnstock in Hauptbahnen.

Abg. Dr. Dumrath (natl.) tritt für eine Verbindung zwischen den Strecken Harburg-Buxtehude und Buchholz-Geestemünde ein.

Abg. Graß (freikons.) empfiehlt eine Bahnverbindung Torgau-Wurzen.

Abg. Duus (Fr. Vp.) fordert eine bessere Abendverbindung zwischen Flensburg und der nordschleswigschen Weide.

Abg. Humann (Ztr.) wünscht die Verstaatlichung der Westfälischen Landesbahn, Teilstrecke Wiedenbrück-Sennelager, und direkte Zugverbindung zwischen Münster und Paderborn über Warendorf-Rheda-Wiedenbrück-Sennelager.

Abg. v. d. Wense (freikons.) tritt für eine Bahn Uelzen-Dannenberg ein.

Abg. Klußmann (natl.) wünscht, daß bei dem Schnellverkehr nach Bremen die Interessen der Unterweserorte mehr berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) empfiehlt einige neue Bahnen im Kreise Lenney.

Abg. v. Böhlendorff-Kölpin (kons.) befürwortet eine Petition der Stadt Uckermünde um eine Verbindung mit Ziegenort.

Abg. Wagner-Schmiedeberg (Fr. Vp.) fordert bessere Verkehrsverbindungen von Hirschberg nach Dresden und Berlin.

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.) bittet, die Linie durch den Kreis Rheinbach über Meckenheim, Adendorf nach dem Ahrtal zu führen.

Abg. Fromme (natl.) fordert bessere Verbindungen zwischen Soest und dem Westen, sowie von Soest nach Kassel.

Abg. Frhr. v. Twickel (Ztr.) verlangt Verkehrsverbesserungen auf der Strecke Münster—Dortmund.

Abg. Student (freikons.) Der Kreis Schwiebus-Tüllichau ist wieder nicht berücksichtigt.

Abg. Dr. Haages (Ztr.) beklagt die schlechten Bahnverbindungen im Kreise Leobschütz.

Abg. Dr. Crüger-Hagen (Fr. Vp.) fordert den Ausbau einiger Bahnstrecken im Kreise Hagen.

Abg. v. Schubert (b. k. P.) vermißt in der Vorlage die Linie Lebach—St. Wendel, und bemängelt, daß beim Bau von Nebenbahnen die Interessenten mit zu hohen Beiträgen herangezogen werden. Nötig sei eine direkte Verbindung Dortmund—Recklinghausen.

Abg. Klocke (Ztr.) verspricht sich von der Versicherung des Ministers, der Westen solle fortan ebenso berücksichtigt werden wie der Osten, mehr Bahnen für das Sauerland.

Abg. Dr. Hintzmann (natl.): Das Wuppertal leidet ganz besonders an dem Mangel an Verbindungen nach allen Richtungen. Handel und Industrie des Wuppertals rechtfertigten doch bessere Verkehrsverhältnisse.

Abg. Dr. Hauptmann (Ztr.) empfiehlt den Bau einer Rechtsmoselbahn auch im strategischen Interesse.

Abg. Beckmann (kons.) beklagt, daß Hessen-Nassau diesmal ganz leer ausgegangen sei. Das rechte Nahufer werde von jeher vernachlässigt.

Abg. Rehren (freikons.) empfiehlt Weiterführung der projektierten Linie Springe—Elsdagsen nach Barnten.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Industrie, Handel und Verkehr.

Russische Schienen für die deutschen Kolonien? In der Budgetkommission des Reichstags bestätigte kürzlich der Marinesekretär auf eine Anfrage hin, daß die Marineverwaltung vor einigen Wochen Kohlenofferten aus England eingefordert habe, da sie die unerhörten Preisforderungen des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats zu bewilligen mit dem Staatsinteresse für unvereinbar hielt. Der Bezug englischer Kohle durch die deutsche Marineverwaltung unterblieb schließlich, da das Kohlensyndikat nach erlangter Kenntnis von diesem Vorgehen seine Preisforderungen sehr erheblich ermäßigte. Diese Affäre ist um so bemerkenswerter, da mit Ausnahme der Reichsmarineverwaltung die übrigen Verwaltungen des Reiches sich der Diktatur der Kohlenmagnaten wohl gefügt haben, nachdem der preußische Eisenbahnfiskus Ende 1907 seine berüchtigten Abschlüsse auf die Dauer von 3 Jahren mit den Kartellen zu erhöhten Preisen gemacht hatte. Jetzt verlautet, daß die Kolonialverwaltung Offerten russischer Stahlwerke für Lieferung von Schienen eingefordert hätte. Handelsblätter, die das Kolonialamt darüber befragten, erhielten die Antwort, daß bisher nur einheimisches Eisenbahnmaterial für unsere Kolonien verwendet worden ist und Bestellungen in ausländischem Material nicht erteilt worden sind. Diese Auskunft ist als Bestätigung der Meldung aufzufassen, daß bisher keine Abschlüsse von dem Kolonialamt mit russischen Gesellschaften erfolgten, aber ihre Preisforderungen und sonstige Bedingungen für Schienenlieferungen eingeholt wurden. Das Kolonialamt scheint zu denselben Schritten entschlossen zu sein, die der Marineverwaltung gegenüber dem Kohlensyndikat einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erbrachten. Der Stahlwerksverband hat eine nicht minder brutale und gemeingefährliche Preispolitik getrieben als das Kohlensyndikat, auch ihm hat der preußische Fiskus zu seiner übermächtigen Stellung, die er nicht zuletzt Preußen gegenüber mißbraucht, verholfen. Seit Monaten sind auf den ausländischen Märkten, die nicht unbestrittene Domänen des Schienenkartells sind, die Schienenpreise erheblich gewichen. So konnte z. B. festgestellt werden, daß russische Werke Schienen nach China zu Preisen lieferten, die mindestens 20 Mark billiger waren, als die Preise, die die preußische Eisenbahnverwaltung dem Stahlwerksverband zahlt. Gewiß wäre es bedauerlich, wenn jetzt in der schlechten Konjunktur, bei der mangelnden Beschäftigung der heimischen Industrie Schienenaufträge für die Kolonien nach dem Auslande gingen. Nicht zuletzt würde die Arbeiterschaft dadurch geschädigt, aber dennoch kann man den Maßnahmen des Kolonialamts die Zustimmung nicht versagen, denn das Gemeininteresse gebietet, unter allen Umständen dem unverfrorenen Wucher der Syndikate entgegenzutreten. Dieser Standpunkt wurde auch von der österreichischen Sozialdemokratie im österreichischen Parlament vertreten, als es sich dort darum handelte, die Staatsverwaltung dem Wucher des österreichischen Eisensyndikats zu entziehen. Dort wie bei uns ist es die Sozialdemokratie, die wahrhaft nationale Interessen vertritt, während die Großkapitalisten und ihre Organisationen ihre nationale Aufgabe darin erblicken, das Heimatland auszuwuchern und zur Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft dem Auslande deutsche Produkte zu Schleuderpreisen zu liefern.

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung** Für einzelne oder mehrere Gemeinden zusammen muß ein besonderer Gemeindeeinnehmer bestellt werden. Hat eine Gemeinde beschlossen, den Gemeindeeinnehmer für sich allein aufzustellen, so ist derselbe von der Gemeindeversammlung zu wählen und diese Wahl von dem Landrat zu bestätigen. Auch hier finden die bei der Wahl des Gemeindevorstehers geltenden, und bei diesem Kapitel schon besprochenen Vorschriften Anwendung, daß der Landrat die Bestätigung nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagen kann. Erhält auch die im Falle der Nichtbestätigung angeordnete Neuwahl die Bestätigung nicht oder kommt keine Wahl zustande, so ernennt der Landrat unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat. Soll ein gemeinschaftlicher Einnehmer für mehrere Gemeinden bestellt werden — und dies geschieht in der Regel — so finden die eben mitgeteilten Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahl durch die Amtsversammlung erfolgt.

Der Gemeindeeinnehmer wird dann zumeist auch mit den Funktionen des Amtseinnehmers betraut sein.

Ueber die Festsetzung der Besoldung und der etwaigen Dienstunkosten-Entschädigung des Gemeinde-(Amts-)Einnehmers beschließt der Kreisausschuß. Die Gemeinde-(Amts-)Versammlung ist jedoch vorher zu hören. Gegen den Beschluß des Kreisausschusses ist die binnen zwei Wochen einzulegende Beschwerde an den Bezirksausschuß zulässig. Die Beschwerde kann von der Gemeinde (Amt) oder von dem Einnehmer eingelegt werden.

Die Festsetzung der von dem Einnehmer zu stellenden Kaution erfolgt nach Anhörung der Gemeinde-(Amts-)Versammlung durch den Landrat. Die Festsetzung des Landrats kann mit der bei dem Regierungspräsidenten binnen einer Frist von zwei Wochen einzubringenden Beschwerde angefochten werden. Die Kaution darf nicht unter dem Satze bleiben, welchen das Gesetz, betr. die Kautionen der Staatsbeamten und die zu diesem Gesetz erlassene Verordnung für die Erheber der Staatssteuern vorschreiben.

Der Einnehmer hat einen gesetzlichen Anspruch auf Pension, welche nach denselben Grundsätzen, welche bei den unmittelbaren Staatsbeamten zur Anwendung kommen, zu bemessen ist. Durch eine besondere Vereinbarung kann indes die Gewährung von Pension ausgeschlossen werden. Die Pension fällt fort oder ruht insoweit, als der Pensionierte durch anderweitige Anstellung im Staats- oder Gemeindedienste ein Einkommen oder eine neue Pension erwirbt, welche, mit Zurechnung der ersten Pension, sein früheres Einkommen übersteigen.

Ueber streitige Pensionsansprüche beschließt der Kreisausschuß. Soweit in dem Beschlusse des Kreisausschusses darüber Entscheidung getroffen ist, welcher Teil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, kann der Beschluß von der Gemeinde (Amt) oder dem Einnehmer binnen einer Frist von zwei Wochen mit der Klage im Verwaltungsstreitverfahren bei den Kreisausschusse angefochten werden. Soweit in dem Beschlusse des Kreisausschusses über irgend eine andere streitige Frage Entscheidung getroffen worden ist, kann der Beschluß binnen einer Frist von sechs Monaten mit der bei den ordentlichen Gerichten anzubringenden Klage angefochten werden. Der Beschluß des Kreisausschusses ist vorläufig vollstreckbar.

Die Revision der Gemeindekasse erfolgt, abgesehen von den Befugnissen, welche dem Landrat zusteben, durch den Gemeindevorsteher unter Mitwirkung des Amtmanns. Durch Königliche Verordnung vom 22. Januar 1894 ist den Gemeinden und selbständigen Gutsbezirken die Verpflichtung auferlegt worden, in ihren Bezirken die Einzelerhebung der sämtlichen direkten Staatssteuern, sowie die Abführung der erhobenen Beträge an die zuständigen Staatskassen ohne Vergütung zu bewirken.

Werden solche Beträge von dem Gemeindeeinnehmer veruntreut oder kommen sie sonstwie abhanden, so haftet die Gemeinde insoweit, als ihr bei der Anstellung oder Beaufsichtigung des Einnehmers oder bei der Ausgestaltung der Kasseneinrichtungen ein Versehen zur Last fällt.

In besonderen Fällen kann jedoch der verpflichteten Gemeinde die Erstattung der Gelder erlassen werden.

Ueber den Ersatz der bei den Kassen und anderen Verwaltungen vorkommenden Defekte beschließt der Kreisausschuß. Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges endgiltig.

Unterstützung an Arbeitslose. Der Stadtrat zu Dresden bewilligte zur Unterstützung der in Dresden wohnsitzberechtigten Arbeitslosen 30 000 Mk., die durch das Armenamt zur Verteilung gelangen, aber nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen sollen.

Diese etwas verspätete Aktion ist dem energischen Arbeiten unserer Genossen im Stadtverordneten-Kollegium zu verdanken; die bürgerlichen Stadtverordneten hatten die Unterstützung der Arbeitslose: vor etwa fünf Wochen abgelehnt.

Der Magistrat von Bamberg hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, gegen die sämtlichen Metzger der Stadt, die sich zu einer Fleischpreisermäßigung nicht verstehen wollen, trotzdem die Einkaufspreise für Schlachtvieh verhältnismäßig niedriger geworden sind, energisch Front zu machen. Es sollen fünf Fleischbänke in der städtischen Fleischverkaufshalle, wenn sie von den Metzgern nicht mehr gepachtet werden, zum Verkaufe von Fleisch den Viehzüchtern, die selbst schlachten, gratis überlassen werden. Auch die städtische Fleischbank soll zu gleichem Zwecke eingeräumt werden.

Eine sozialdemokratische Gemeinde. In Lambrecht (Pfalz) fanden am Montag Ersatzwahlen zum Stadtrat statt. Die sozialdemokratische Liste siegte, die Sozialdemokratie hat nun im Stadtparlament die absolute Mehrheit, 16 von 20 Sitzen. Infolgedessen wurde am Dienstag im Stadtrat Genosse Karl Fitsch zum Bürgermeister, der Genosse Schlosser zum zweiten Adjunkten (Vertreter des Bürgermeisters) gewählt; zum ersten Adjunkten wurde ein Zentrumsmann bestellt. Lambrecht ist der erste Ort in der Pfalz, der einen Sozialdemokraten als Bürgermeister erhält.

Sehr trübselig ist der Ausgang der Wahl für die Liberalen. Elf liberale Stadtratsmitglieder, Vertreter der in Lambrecht herrschenden Tuchfabrikanten, legten vor einiger Zeit ihre Mandate zum Stadtrat nieder, weil die Geschäftsführung des liberalen Bürgermeisters durch einen sozialdemokratischen Vertreter scharf kritisiert worden war. Die demonstrative Mandatsniederlegung sollte einen großen liberalen Aufschwung, eine kräftige Absage der Bürgerschaft an die Sozialdemokratie provozieren. Nun ist gerade das Gegenteil herausgekommen. Die Liberalen brachten noch nicht einmal einen Wahlvorschlag zusammen, und ihre Bemühungen um Wahlhilfe beim Zentrum waren vergebens. Das Zentrum hatte Wahlenthaltung proklamiert.

Die Wahl des Bürgermeisters und der beiden Adjunkten unterliegen der Bestätigung der Regierung.

Soziales.

Die gesicherte Existenz der Arbeiter. Die schon 1781 gegründete „Erste Deutsche Cichorien-Kaffee- und Kaffee-Essenz-Fabrik" in Braunschweig ist ein wahrer „Musterbetrieb". Zwar zahlt sie ganz erbärmliche Löhne, aber die Arbeiter rechneten mit der berühmten Unternehmer-Humanität und bildeten sich ein, eine Lebensstellung zu haben. Vor einiger Zeit wurde aber ein alter Arbeiter, der 36 Jahre in der Fabrik beschäftigt war, und jetzt wieder einer der 44½ Jahre, davon 41½ Jahre ohne Unterbrechung, dort arbeitete, entlassen. Viele Jahre hat der Mann für 12—14 Mk., und die letzten 8—9 Jahre für nur 7—8 Mk. Wochenlohn gearbeitet. Jetzt wurde er durch ein 15jähriges Mädchen ersetzt, weil er — das erstemal in seinem Leben — erkrankte und 14 Tage aussetzen mußte. Doch lassen wir das Dokument der Unternehmer-Humanität selbst sprechen. Der alte Mann erhielt folgendes, vom 17. März 1909 datiertes

Zeugnis:

Der Arbeiter Karl Greve ist in meinem Betriebe seit dem 1. September 1867 beschäftigt gewesen und verläßt mich am 17. d. M. Ich gebe dem p. Greve das Zeugnis, daß er stets die ihm übertragenen Arbeiten zu meiner Zufriedenheit ausgeführt hat, und daß seine Entlassung zum 27. d. M. wegen des stattgefundenen Verkaufs meiner Fabrik erfolgt.

Ludwig Otto Bleibtreu.
ppa. W. v. Franquet.

Die Firma ist verkauft, das ist richtig, der Betrieb aber wird fortgesetzt. Für die alten Arbeiter aber ist kein Platz mehr in demselben. Sie sind ausgepreßt wie eine Zitrone, deshalb fort mit ihnen. Der Mann kann ja mit diesem günstigen Zeugnis andere Arbeit suchen. (Wer arbeiten will, findet immer Arbeit) — zumal in der Zeit der Krise. Deshalb lebe die . . . . Unternehmer-Humanität.

ssc. **Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderungslustige** ist eine seit 1902 bestehende reichsamtliche Einrichtung, deren Existenz in auswanderungslustigen Kreisen viel zu wenig bekannt ist. Im Interesse besonders der besitzlosen Auswanderer, die nicht selten gewissenlosen Agenten zum Opfer fallen, liegt es, wenn sie sich zwecks Auskunft an die eigens dafür errichteten amtlichen Stellen wenden. Es sind 52 Zweigauskunftsstellen vorhanden. Die Zentrale befindet sich in Berlin. Es sind 1907/08 6754 schriftliche und 2793 mündliche Auskünfte, zusammen 9547, erteilt worden, gegen 3376 in 1902/03 und 7460 in 1906/07. Die Frequenz ist also in starker Zunahme begriffen; sie betrug im letzten Jahre zirka 30 Prozent der überhaupt Auswandernden (28 859). Von den Anfragen bezogen sich die weitaus meisten auf die deutschen Kolonien. Die 9547 Auskunftsbegehrenden stellten 16 439 Anfragen, wovon 11 189 die deutschen Kolonien betrafen; hierunter bezogen sich 4381 auf Deutsch-Südwestafrika, 2450 auf Deutsch-Ostafrika, 806 auf Kamerun, 693 auf Togo, 357 auf Samoa. Wieviel von diesen Auskunftsuchenden sich tatsächlich den Kolonien zugewandt haben, ist aus der Veröffentlichung natürlich nicht ersichtlich. Allzu viel dürften es aber nicht sein, nachdem die amtliche Zentralauskunftsstelle die Anfragenden selbst vor der Auswanderung nach Deutsch-Südwestafrika gewarnt hat, sofern sie nur über ein kleines Kapital verfügten. Die Aussichten für die Kleinsiedler seien noch nicht geklärt, auch über den Bedarf von Handwerkern und Arbeitern sei noch keine Uebersicht vorhanden. Fürwahr, eine nette Bescherung für die Befürworter der Ueberseekolonien aus den Kreisen des Mittelstandes und der Arbeiter. Soweit sich's feststellen ließ, verfügten nur 191 von den Anfragenden betr. Deutsch-Südwestafrika über die Mittel zur Niederlassung in einer Kleinsiedelung, 218 hatten das zum Farmbetrieb erforderliche Kapital. Welche Mittel für den Farmbetrieb für nötig erachtet werden, ergibt sich aus der Aufstellung des Reichsamtes, das als das Mindestvermögen der auf Farmbetrieb Reflektierenden 50 000 Mark nennt. Diese Summe besaßen 33 Anfragen, 10 besaßen 100 000—150 000, einer besaß 200 000, 2 waren im Besitz von 250 000, 2 im Besitz von 450 000 Mark! Danach betrachtet selbst die Regierung unsere Kolonie Deutsch-Südwestafrika, wohin Hunderte Millionen Mark deutscher Steuergelder verwirtschaftet wurden, immer noch nur als ein Besiedelungsfeld für größere Kapitalisten.

Nicht besser für den „kleinen Mann" liegen die Verhältnisse in den anderen Kolonien. Man sollte darum doch endlich aufhören mit der offiziösen kolonialpolitischen Schönfärberei und ungeschminkt dem Volke sagen, daß unsere Kolonien voraussichtlich den Wert für das Mutterland niemals erhalten werden, der die Aufwandskosten ausgleicht.

Die zweitstärkste Gruppe der Anfragen betraf Amerika, es waren insgesamt 4086. Aber nicht die Vereinigten Staaten erweckten das meiste Interesse, hierauf bezogen sich nur 326 Anfragen, sondern Argentinien (1094 Anfragen) und Südbrasilien (942). Wahrscheinlich sind die die Vereinigten Staaten betreffenden Anfragen deswegen so gering, weil ein sehr großer Teil der dorthin Auswandernden „drüben" Verwandte und Bekannte hat, die den Auswanderungslustigen beraten. — Ueber afrikanische Siedelungsgebiete außerhalb unserer Kolonien handelten 213 Anfragen, asiatische 157, australische 215 usw. Was das Alter der Anfragenden anlangte, so standen die meisten Ermittelten (3916) im Alter von 20—30 Jahren, 710 waren unter 20, 994 waren 30—40 Jahre alt. Es ist also der arbeitsfähigste Teil der Nation, den es am stärksten in die Fremde treibt. Hinsichtlich ihres Berufes rekrutierten sich 1803 der Anfragen aus dem Kaufmannsstande, was nicht weiter auffällt; aber daß die zweitstärkste Gruppe (1240) von der Landwirtschaft gestellt wird, wozu noch 138 Gärtner kommen, dürfte doch wieder überraschen. Sonst sind ziemlich alle Berufe unter den Auswanderungslustigen vertreten, in erheblicherer Zahl Ingenieure, Techniker, Architekten, Maurer, Schlosser, Tischler, Arbeiter ohne nähere Berufsangabe, weibliches Dienstpersonal. Angaben über Geldmittel wurden in 3519 Fällen gemacht.

Die Arbeitskammern und die technischen Privatangestellten. Die Reichstagskommission für den Gesetzentwurf über Arbeitskammern hat bekanntlich auf einen nationalliberalen Antrag hin beschlossen, die technischen Privatangestellten aus dem Geltungsbereiche der Kammern auszuschalten. Dagegen erhob der „Soziale Ausschuß" von technischen Privatangestellten in seiner Jahresversammlung am 21. März in Berlin entschiedenen Einspruch.

„Damit", heißt es in der dazu gefaßten Resolution, „ist weder den Arbeitskammern noch den Angestellten gedient, denn die Vertröstung auf ein späteres „besonderes Vorgehen" ist kein Ersatz, solange nicht die Gewähr geschaffen ist, daß auch die neue Angestelltenkammer eine völlig paritätische Organisation wird. Mit einem sozialen Ausschuß bei den Handelskammern können wir uns nicht zufrieden geben. Wir halten eine Vertretung der Angestellten in den allgemeinen Arbeitskammern für notwendig und befürworten die Einbeziehung aller Angestellten, und zwar als besondere Abteilung mit eigenen Wahlen und Beisitzern."

Der Soziale Ausschuß tritt im übrigen insbesondere für eine Ausdehnung des Wahlrechts auf alle mündigen Angestellten, der Wählbarkeit auf alle 25jährigen Angestellten und auf die Geschäftsführer der Berufsvereine, für einen Schutz gegen Entlassung der Arbeitnehmervertreter, sowie für eine möglichste Ausdehnung des Geltungsbereichs, insbesondere auf Seeschiffahrt und Eisenbahn, und des Arbeitsbereichs der Kammern ein.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 31. März. Strafkammer. Der Schneider Adolf Claholz von Bauerschaft Schildesche war beschuldigt, einen Ueberzieher dem Agenten Bentler gestohlen zu haben. Das hiesige Schöffengericht hatte ihn aber für nicht überführt erachtet und auf Freisprechung erkannt. Gegen dieses Urteil war von seiten der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Die Strafkammer stellte fest, daß der Angeklagte im Besitze des fraglichen Ueberziehers gewesen ist und ihn gar verkaufen wollen, aber das Gericht hält dennoch keinen Diebstahl für erwiesen, sondern nur Hehlerei und verurteilte den Angeklagten unter Aufhebung des ersten Urteils wegen Hehlerei zu 1 Tage Gefängnis.

Der Buchdruckereibesitzer Hermann Hipler von Schötmar, zurzeit hier in Untersuchungshaft, war beschuldigt, zu Bielefeld in den Jahren 1908 und 1909 zwei Juweliere um Brillantringe von 730 und 750 Mk. und bares Geld in Höhe von 400 Mk. beschwindelt und den Versuch gemacht zu haben, zwei hiesige Firmen auf Grund gefälschter Wechsel um Darlehen von über 800 Mk. zu prellen. Die ergatterten Ringe hat der Angeklagte in Bielefeld bezw. in Hannover wieder versetzt. Da der Angeklagte heute mit der Behauptung auftrat, daß er sich zu der fraglichen Zeit den Ankauf solcher Wertsachen habe leisten können und diese Behauptung unter Beweis stellte, wurde die Sache bis auf unbestimmte Zeit hinaus vertagt.

Der angebl. Wäschefabrikant Weber zu Mennighüffen war vom Schöffengericht zu Bielefeld wegen unlauteren Wettbewerbes zu einer Geldstrafe von 30 Mk. ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden und hatte gegen diese Verurteilung Berufung eingelegt. Der Angeklagte macht durch die Bezeichnung „Webers Patent-Dauerwäsche" für sein Geschäft Reklame und erweckt durch seine Inserate und Angebote in dem Publikum den Glauben, als fabriziere er seine zum Verkauf angebotene Wäsche. Er gab heute in der Verhandlung zu, daß er die fertige Wäsche von anderen Firmen beziehe und dieselbe nur imprägniere und daß er kein Patent auf sein Erzeugnis besitze. Dadurch hat er nach Annahme des Gerichtshofes das Publikum und seine Vertreter getäuscht. Es wurde aus diesen Gründen seine Berufung verworfen.

Die Ehefrau des Landwirts Heinrich Kollmeier zu Quernheim war vom Schöffengericht zu Bünde von der Anklage eines Vergehens gegen § 113 des alten preußischen Strafgesetzbuches freigesprochen worden, wogegen die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Die Eheleute Kollmeier beabsichtigten, ein an ihr Grundstück stoßendes und öffentlich zur Versteigerung stehendes Kolonat zu erwerben. Da aber auch ein anderer die Grundstücke erwerben wollte hat die Angeklagte zum anonymen Briefschreiben ihre Zuflucht genommen und darin das Grundstück schlecht gemacht, um es für sich zu erwerben und die Konkurrenz vom Bieten abzuhalten. Die Strafkammer vermißte aber trotz dieser Sachlage den Nachweis, daß die Angeklagte den Willen gehabt habe, eine Vermögensschädigung vorzunehmen. Es wurde deshalb die Berufung der Staatsanwaltschaft verworfen.

Der Schweizer Karl Stichnoth von Fiestel bei Rahden ist seit Oktober 1906 auf dem Gute Benkhausen beschäftigt. Seit August vorigen Jahres, der Zeit der Gründung seines Haushaltes, kamen seinem Dienstherrn vier Tischmesser und Gabeln, eine Katze und ein Huhn fort. Darauf folgte ein Diebstahl dem andern. Es wurden nach und nach in Fiestel und Deibeln im ganzen 11 Hühner gestohlen, und zwar jedesmal, wenn Stichnoth sich dort hatte blicken lassen. Die Folge davon war, daß gegen Stichnoth die Untersuchung eingeleitet wurde. Der Angeklagte, ein vielfach und wegen Diebstahls dreimal vorbestrafter Mensch, gab fast alle Diebstähle zu und erhielt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle in 5 Fällen 6 Monate Gefängnis.

Der Steuermann Wilhelm Krietenstein aus Grohnde, Kreis Hameln, ist am Abend des 8. August v. J. zu Porta mit dem Schiffer Walkenhorst aneinander geraten und hat den Walkenhorst mit einem Messer gestochen. Der Angeklagte schützte Notwehr vor, und da ihm das Gegenteil nicht nachgewiesen werden konnte, erfolgte seine Freisprechung.

Der Heringsfänger Ernst Hägermann aus Jössen im Kreise Minden hat bei einer Keilerei am Abend des 29. Oktober v. J. nach einer Tanzlustbarkeit mit einer Pistole den Kolonsohn Wilh. Klenke in die Schulter geschossen, ohne daß schwere Folgen daraus entstanden sind. Die Strafkammer verurteilte den Hägermann wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Tragens einer Waffe ohne Waffenschein zu einer Geldstrafe von 9 Mk. ev. 3 Tagen Haft.

Kleines Feuilleton.

Steigende Häufigkeit der Zuckerkrankheit. Wie der Statistiker Dr. Prinzing-Ulm in einem Aufsatze der „Medizinischen Reform" (1908) ausführt, ist die Zahl der Todesfälle an Zuckerkrankheit in schnellem Steigen begriffen. In Berlin z. B. starben auf 100 000 Einwohner an dieser Krankheit 1871—1875 2,5 Männer und 1,2 Frauen, 1900—1905 aber 20,7 Männer und 12,3 Frauen. Wenn auch hierbei eine genauere Diagnose und häufige Feststellung der Todesursache mitwirken mag, so meint Prinzing doch, daß eine tatsächliche Zunahme der Zuckerkrankheit zum mindesten höchstwahrscheinlich sei. Bei dieser Zunahme sind nach Prinzing drei Faktoren von großem Einfluß: die zunehmende Wohlhabenheit, die durch den steigenden Alkoholkonsum bedingte Zunahme der Arterienverkalkung und die Zunahme der neuropathischen Konstitution, wobei auch der Alkoholismus von großem Einfluß ist.

Wie die steigende Wohlhabenheit (und der dabei in vielen Fällen bedingte reichlichere Alkoholgenuß zusammen mit üppigerer Lebensweise) die Todesfälle an Zuckerkrankheit steigert, geht aus der Statistik der Gothaer Lebensversicherung hervor. Hier verhalten sich die beobachteten Todesfälle zu den erwarteten bei einer Versicherungssumme unter 3000 Mk. wie 47 : 100, bei einer Versicherungssumme von 3000—6000 aber wie 103 : 100 und bei einer Versicherungssumme über 6000 Mk. wie 162 : 100!

—pz—.

UC. **Der Wärmeverlust der Erde** durch die Zurückwerfung der Sonnenstrahlen an den vorhandenen Wasserflächen ist erheblicher als man gemeinhin denken mag. Herr Wilhelm Schmidt veröffentlicht in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Rückwerfung der Sonnenstrahlen an Wasserflächen. Er kommt im Verlaufe derselben zu dem Ergebnis, daß die Höhe des Sonnenstandes von großem Einfluß auf die Erwärmung und Verdunstung des Wassers und daher auch auf die Temperatur und Feuchtigkeit der untersten Luftschichten ist. Er hat auch den Wärmeverlust berechnet, der durch die glatte Wasseroberfläche entsteht, indem sie einen Teil des auffallenden Sonnenlichts und der Sonnenwärme zurückstrahlt. Man kennt ja die Wasserfläche der Erde sehr gut und kann daher den Betrag berechnen, der durch ihr Vorhandensein verloren geht. Der so festgestellte Verlust ergibt sich zu 21½ pZt. der gesamten von der Sonne eingestrahlten Wärme. Dieser Betrag ist also so groß, daß er auf die klimatischen Verhältnisse von starkem Einfluß ist, namentlich, da er sich auf die verschiedenen Breiten verschieden verteilt. Während beispielsweise eine Wasserfläche unter 40 Grad Breite nur 6,8 pZt. der zugestrahlten Wärme durch Zurückwerfung verliert, macht dieser Verlust bei 70 Grad Breite schon 23 pZt., am Pol volle 100 pZt. aus. Man erkennt, daß der Ausfall an Wärme für die Pole durch diese Erscheinung noch vergrößert wird. Natürlich ist die niedrige Temperatur an den Polen nicht allein durch die Zurückstrahlung der Wärme verursacht; sie macht aber sicher einen sehr erheblichen Teil aus, den man bisher seinem Ursprunge nach gar nicht beachtet hatte. Da die südliche Halbkugel mit viel mehr Wasser bedeckt ist als die nördliche, so treten durch diese Zurückwerfung schon erhebliche klimatische Unterschiede zwischen den beiden Erdhalbkugeln auf.

Schmidt hat seine Untersuchungen weiter ausgedehnt auf die Verschluckung der Sonnenwärme durch das Wasser. Er hat durch Untersuchungen festgestellt, daß Wasser die Wärme außerordentlich stark verschluckt und schon verhältnismäßig sehr dünne Wasserschichten alle eingestrahlte Wärme in sich aufnehmen — soweit dieselben nicht etwa von der spiegelnden Fläche zurückgeworfen wird. So kommt es, daß in erster Linie die Wasseroberfläche der Gewässer durch die Sonneneinstrahlung erwärmt wird, während die tieferen Schichten die Wärme nur durch die Wärmeableitung empfangen. Trotzdem wird natürlich der größte Teil der Wärme, die von den oberen Schichten der Gewässer verschluckt wird, den unteren Schichten durch die Wärmeleitung mitgeteilt und dort aufgespeichert. Diese Wärme wird erst stärker wieder abgegeben, wenn die außerhalb des Wassers herrschende kältere Lufttemperatur einen großen Unterschied gegen die Wassertemperatur bekommt. Auf diese Weise wirkt also ein Gewässer wärmeausgleichend auf seine Umgebung ein. Etwa ein Viertel der vom Wasser verschluckten Sonnenwärme wird zur Verdunstung verwendet. Damit wird Wärme gebunden, wie man zu sagen pflegt. Diese gebunden Wärme wird erst wieder frei, wenn sich der Wasserdampf in Niederschlägen zu Wasser verdichtet.

Die Untersuchungen Schmidts stimmen mit den Messungen der „Vola"-Expedition gut überein, die ebenfalls nachwiesen, daß in größeren Tiefen die Temperaturschwankungen des Wassers den Tageseinflüssen durch die Sonneneinstrahlung nicht mehr folgen und nur dicht an der Oberfläche bemerkbar werden. In größere Tiefen dringt das Licht noch ein, hat aber bei etwa 100 Meter seine Grenze erreicht; tiefer dringen nur noch blaue und ultraviolette Strahlen, auf deren Benutzung also die Tiefseeorganismen angewiesen wären, wenn sie überhaupt auf strahlende Energie angewiesen sind.

Vermischtes.

Eine Rabenmutter. Cleve, 1. April. Als eine hiesige Ehefrau von einem Ausgang nach Hause zurückkehrte und ihren dreijährigen Knaben statt in der Wohnung, wo er bleiben sollte, auf der Straße spielend antraf, schlug sie das Kind so lange mit einem ledernen Schiebkarrenriemen, bis es kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Nur mit Gewalt konnten des Weges kommende Arbeiter die Mutter von ihrem Opfer zurückreißen.

Eröffnung eines neuen Hafens. Kairo, 1. April. In Port Sudan am Roten Meer erfolgte heute im Beisein des Khedive, sowie zahlreicher englischer und ägyptischer Würdenträger und Beamten die Eröffnung des neuen Hafens, der die Kopfstation der neuen Eisenbahn bildet, die das Rote Meer mit Khartum verbindet.

Explosion. Marseille, 1. April. Auf dem französischen Petroleumdampfer „Jules Henri" erfolgte heute infolge Entzündung von Petroleumgasen eine Explosion. Das Fahrzeug wurde zum größten Teil zerstört. Die an Bord befindlichen Personen sind entweder umgekommen oder schwer verletzt worden. Bisher wurden sechs gräßlich verstümmelte Leichen und zehn Schwerverletzte geborgen.

Eine Fernfahrt Zeppelins.

München, 1. April. Nachdem das Reichsluftschiff Zeppelin I von den Münchener Kirchtürmen seit 8 Uhr 10 Minuten sichtbar gewesen war, wie es in der Nähe von Augsburg in großer Höhe Kreuzfahrten unternahm, wurde es alsbald über dem Ammersee gesichtet und traf einige Zeit nach ½9 Uhr in München ein. Auf der Theresienwiese hatte sich eine ungeheure Menschenmasse angesammelt. In der Gondel des Luftschiffes befanden sich Graf Zeppelin, Major Sperling, Hauptmann George, Oberingenieure Müller und Dürr und eine Anzahl Monteure. Das Luftschiff hatte die Route Ravensburg-Biberach längs der Ulmerbahnlinie eingeschlagen.

München, 1. April. Ueber die Ankunft Zeppelins in München wird noch gemeldet: Gegen 9 Uhr beginnen die Glocken zu läuten, Geschützdonner wird hörbar. 5 Minuten vor 9 Uhr hört man das dröhnende Surren der Motoren, und majestätisch kommt das Reichsluftschiff im Diagonalfluge etwa 100 Meter hoch über die Ausstellungshalle. Hier wendet es sich unter den Klängen einer Musikkapelle im Bogen zuerst nach Süden und steht dann nach 9 Uhr über den Häuptern der Menge, die in ein ungeheures Jubelgeschrei ausbricht. Das Luftschiff neigt sich, die Spitze nach abwärts gerichtet, dreimal vor dem Regenten, um dann unter erneutem Jubel der Zuschauer plötzlich pfeilgeschwind etwa 100 Meter emporzusteigen, geht dann ansteigend auf die Paulskirche zu, um dann, die Breitseite voraus, an der Frauenkirche und dem Rathause vorbei, gegen die Residenz zu fahren. Dann flog das Luftschiff nach Nordwesten zurück, zog nach dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld, landete aber nicht, sondern ging nordwestlich nach dem Erdinger Moos weiter. Die Menge stand, namentlich auf den die Theresienwiese umgebenden Hochstraßen, Kopf an Kopf. Das Wetter ist andauernd trübe und zeitweise fallen kleine Regentropfen.

München, 1. April. Nach mancherlei Versuchen, zu landen, gelang es dem Luftschiff Zeppelin I endlich, um 3¼ Uhr bei Loiching in der Nähe von Dingolfing in Niederbayern glücklich zu landen. Es besteht die Absicht, das Abflauen des Windes abzuwarten und dann nach München zurückzukehren, um dort definitiv zu landen und zu übernachten, da vom Bodensee heftige Stürme gemeldet werden. Die Heimfahrt dürfte dann morgen erfolgen.

Dingolfing, 1. April. Aus München und Landshut ist an der Landungsstelle des Zeppelin I Militär eingetroffen. Ueber 100 Automobile, die an der Verfolgung des Ballons teilgenommen hatten, sind anwesend. Auch Prinz Alfons ist an Ort und Stelle. Es heißt, Graf Zeppelin werde die heutige Nacht auf dem Landungsplatz im Automobil zubringen.

Friedrichshafen, 1. April. Das Zeppelinbureau erklärt das Mißgeschick der Landungsverhinderung und Abtreibung nach Landshut dadurch, daß der hintere Motor versagt habe und der vordere nicht stark genug gewesen wäre, gegen starke Luftströmung anzukämpfen.

München, 2. April. Ein Extrablatt der „Münchener Neuesten Nachrichten" meldete gestern abend ½9 Uhr, daß Graf Zeppelin, wenn das Wetter und der Wind gut bleibt, heute früh 5 Uhr die Rückreise antreten wird. Aus München sind gestern abend 80 Mann der Luftschifferabteilung nach der Landungsstelle abgegangen.

München, 2. April. Ueber die Landung des Zeppelin I wird weiter berichtet: Das Reichsluftschiff ist bei Niederviehbach vollkommen glatt und ohne Unfall auf dem Moos zwischen der Bahnlinie und der Straßenbahn gelandet. Von Landshut ist eine Kompagnie mit der Eisenbahn nach Niederviehbach befördert worden. Die Nachricht von der Landung des Reichsluftschiffes hat große Aufregung und einen enormen Zudrang der Landbevölkerung hervorgerufen. Die meteorologische Station in München hatte gestern abend besseres Wetter in Aussicht gestellt. Der Wind in München, der noch gestern abend recht heftig war, hat sich bereits wieder etwas gelegt. Die gestrige Leistung des Luftschiffes, das gegen Wind und Wetter zu kämpfen hatte und gegen einen Südwestwind von 6 Grad fuhr, wird allgemein bewundert.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 2. April. In der in der Trebbiner Straße belegenen Maschinenzentrale der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen erfolgte gestern abend infolge Kurzschluß eine Explosion, die zur Folge hatte, daß eine dort aufgestellte Hochspannstrommaschine schwer beschädigt wurde und der Verkehr auf der Hochbahn etwa eine Stunde unterbrochen werden mußte. Durch Kupferstücke, die in großen Mengen durch die zertrümmerten Scheiben der Maschinenzentrale flogen, wurde eine die Trebbiner Straße passierende Dame nicht unerheblich verletzt.

Warschau, 2. April. In der Fabrikstadt Tonaschow im Gouvernement Petrikau wurde die ganze Familie des Bierhändlers Silbermann in der Nacht in der Wohnung ermordet. Der Schenkwirt, dessen Frau, die drei Töchter und ein Knabe waren mit einer Axt niedergemetzelt worden. Es handelt sich wahrscheinlich um den Racheakt eines Unbekannten.

Warschau, 2. April. Als gestern nachmittag der Intendant des Josephskrankenhauses, Louis Baumritter, 5000 Rubel Spitalgelder zur Auszahlung brachte, wurde er von 4 Terroristen überfallen. Die Strolche verwundeten Baumritter durch Revolverschüsse und raubten das Geld. Zwei der Räuber entkamen, einer wurde durch Schutzleute verwundet und verhaftet. Der vierte ergab sich, nachdem er alle Munition verschossen hatte.

Briefkasten der Redaktion.

M. E. 174. 1. Die Einschätzung erfolgt nach dem Verdienst des dem Steuerjahr unmittelbar vorausgegangenen Kalenderjahres. Die Einschätzung wird also richtig sein. 2. Wir haben nichts davon gehört, daß das anders werden soll. Das müßte doch auch durch durch ein besonderes, vom Reichstage zu genehmigendes Gesetz geschehen.

Briefkasten der Expedition.

Gütersloh. Die Zeitungen sind abgeschickt worden. Wir haben Ihre Beschwerde der Post übergeben.

Noch nicht dagewesen!

Soeben eingetroffen:

Grosse Posten Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge und Hosen.

Verkauf zu folgenden Schleuderpreisen:

Ein Posten **Herren-Anzüge** jeder Anzug aus besten Buckskinstoffen **13.50**

Ein Posten **Herren-Anzüge** jeder Anzug nur elegante Sachen **19.50**

Ein Posten **Herren-Buckskin-Hosen** jede Hose 3.50 **1.95**

Ein Posten **Herren-Buckskin-Hosen** jede Hose 6.50 **4.50**

Ein Posten **Knaben-Anzüge** jeder Anzug **2.50**

Ein Posten hochelegante **Knaben-Anzüge** jeder Anzug 6.50 und **4.50**

Sämtliche **Herren-Loden-Capes** jetzt jedes Capes **6.50**

Sämtliche **Knaben-Paletots** jetzt jeder Paletot **4.00**

1935

Verkauf nur Bahnhofstrasse Nr. 19.

Haupt-Arbeitsnachweis
Bielefeld.
Zimmerstr. 19. Fernsprecher 292.
Nur Werktags geöffnet:
vormittags von 8—1 Uhr,
nachmittags von 4—7 Uhr.

Männliche Abteilung.

Es werden gesucht:

3 Ackerknechte. 2 Fliesenleger, 2 Eisendreher, 2 Ackerburschen, 1 Gärtner, 1 Drechsler, 2 Steinhauer, 1 Goldschmied, 2 Schmiede, 6 Schuhmacher, 36 Maler, 4 Sattler und Polsterer, 2 Stellmacher, 1 Viehwärter.

Es suchen Arbeit:

Bäcker, Kutscher, Handlanger, Kaufleute, Dachdecker, Erdarbeiter, Kernemacher, Zimmerer, Schlosser, Bauarbeiter, Schleifer, Klempner, Bohrer, Fabrikarbeiter, Maurer, Former.

Weibliche Abteilung.

Es werden gesucht:

Mehrere Dienst- Küchen-, Zimmer- und Landmädchen, 1 Stütze, 1 Haushaltlehrling für ein Gut. Nähe Bielefeld, saubere Wasch- u. Arbeitsfrauen.

Es suchen Arbeit:

Mehrere Stützen, Stunden- und Arbeitsfrauen.

Bielefeld, den 1. April 1909.

Die Verwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie für die übe aus zahlreichen Kranz- und Blumenspenden unsern tiefgefühltesten Dank.

1927* **Familie Jürging.**

Städtisches Orchester.

Freitag, den 2. April, abends 8½ Uhr, im Stadttheater:

Künstler-Konzert.

Leitung: Kapellmeister Max Cahnbley.
Solist: **Wilhelm Backhaus.**

1. Mendelssohn: Vierte Symphonie.
2. Beethoven: Viertes Klavierkonzert.
3. Chopin: Klaviersoli.
4. Tschaikowsky: Capriccio Italien.

Preise der Plätze:

Orchester-Loge, Fremden-Loge, 1. Rang-Loge	3.50 Mk.	II. Parkett, II. Rang Balkon, 1. Reihe	1.50 Mk.
		II. Rang, 2. und 3. Reihe	1.25 Mk.
1. Rang Balkon	3.00 Mk.	II. Rang, 4.—6. Reihe	1.00 Mk.
Parkett-Fauteuil, 1. Parkett	2.50 Mk.	Amphitheater, 1.—3. Reihe	0.75 Mk.
		Amphitheater, 4.—5. Reihe	0.50 Mk.
1824		Gallerie 0.30 Mk.	

— Vorverkauf in der Musikalienhandlung Selle. —

Der Ibach-Flügel ist aus dem Lager von Rud. Ibach Sohn, Barmen



Kinder-wagen

Sport-wagen



in grösster Auswahl. — Konkurrenzlos billige Preise. Alleinverkauf der Reform-Wagen, einzig existierende Kinderwagen, die nicht allein der Mode, sondern auch den hygienischen Anforderungen vollauf entsprechen.

Fr. Barmeier, Detmolderstr. 125,
[1920] **Erstes Spezial-Geschäft am Platze.**

Zu **Ostern** sind **Reeses**
Backpulver
Puddingpulver
Vanillinzucker
genau so unentbehrlich wie die **Ostereier.**
Ueberall erhältlich.
Reese-Gesellschaft Hameln. 1762

Wochenmarkts-Preise
in Bielefeld
am 1. April 1909.

Butter	per Pfd.	110—	115
Rindfleisch	„ „	70—	75
Schweinefleisch	„ „	80—	85
Speck	„ „	80—	90
Kalbfleisch	„ „	70—	85
Hammelfleisch	„ „	75—	85
Gänsefleisch	„ „		—
Eier	„ „		60
Hasen	pr. Stück		—
Zwiebeln	½ Kilo	18—	20
Aepfel	„ „	20—	30
Tafelbirnen	„ „		—
Pflaumen	„ „		—
Gr. Bohnen	„ „		—
Bietzbohnen	„ „		—
Rüben	„ „		—
Wurzeln, alte, pr. Bund			—
„ neue, „ „			8
Kartoffeln, neue, pr. 1 Pfd.		5—	6
„ alte, „ 1 „			—
Blumenkohl	pr. Stück	30—	45
Kopfsalat	„ „		—
Kappus	„ „	25—	35
Rotkohl	„ „	25—	35
Wirsing	„ „		—
Steckrüben	„ „	6—	10
Kohlrabi	„ „		—
Gurken	„ „		—
Kartoffeln	150 Pfund	600—	750

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kinderwagen,
Sportwagen (Brennabor). Reise-, Wasch- und Armkörbe, Sessel sowie sämtliche Bürsten-waren empfiehlt zu billigen Preisen G. Bratke, Mühlenstraße 12. 1689

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. 949

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Kinderwagen,
Brennabor, Sportwagen, Lauffühle, sämtliche Kord- und Leder-Waren, billigste Preise, bis Ostern 10 Proz. Rabatt. Zu haben bei Wilh. Nolting, Schildesche, Bielefelderstr. 44. 1915*

Halte
den geehrten Bewohnern von Sieker und Umgegend mein Sarg-Magazin, sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern ausgestatteten Leichen-Wagen bestens empfohlen. Adolf Kley, Sieker, bei Schule III. 561

Wöchnerinnen,
welche an kranken Brustwarzen leiden, wenden sich an Frau Friedrichs, Hebamme, Eggetal 2. [1894*

Guano,
(Füllhornmarke) pfund- u. sackweise, äußerst billig, empfiehlt Kronsbein, Bleichstraße. [1876*

Bauern-Skat [1900*
Sonnabend, 9 Uhr, Stehbierhalle Gottl. Vollmer, Jöllenbeckerstr. 103.

Preis-Skat
Sonnabend, 3. April, H. Brackfiek, Hallerweg. [1916

Möbel,
Sofas, Vertikows, Spiegel jeder Art, Riesen-Auswahl, erhält man gut im Bielefelder Möbelhaus, Jöllenbeckerstraße 16—26. [1910

Plätterin
für ganze oder halbe Tage zu sofort gesucht. Frau Winkelmann, Ravensbergerstraße 44. 1931*

Hebamme
Frau Friedrichs wohnt jetzt Eggetal 2, Gadderbaum. [1893*

Hebamme
Gerlach wohnt jetzt Schmiedestr. 5, Kamphof. [1898*

Zimmer,
leer oder möbliert, zu vermieten. Eggetal 2, Gadderbaum. [1892*

Kost
und Logis erhalten 2 junge Leute Sieker 248, Nähe Fehring. [1903*

Wohnung [1899*
von 3 bis 4 Räumen an ruhige Familie per sofort oder später zu vermieten. Brackwede, Kaiserstr. 86.

Brackwede.
Wohnung von 3 Räumen u. Stallung und Land in meiner Besitzung Südfeld 11 zum 1. Oktober zu vermieten.
August Sprungmann. 1924*

Billiges Oster-Angebot.



Herren-Stiefel, schwarz
Gelegenheitskauf!
8.50 Schw. Chevreaux mit Lackkappe, desgl. Chrombox mit und ohne Derbyschnitt.

Herren-Stiefel, braun
Gelegenheitskauf!
Echte Chevreaux, leicht fehlerhaft.
— Musterpaare —
10.50

Damen-Stiefel, schwarz
Gelegenheitskauf!
8.50 Echte Chevreaux und echte Boxcalf, schlanke und breite Formen.

Damen-Stiefel, braun
Gelegenheitskauf!
Erstklassiges Fabrikat, schöne Farben und neue Formen.
10.50

Kinder-Stiefel, schwarz
Gelegenheitskauf!
1.90

21/24	25/26	27/30
2.50	3.25	4.50

Kinderstiefel, braun
Gelegenheitskauf!

21/24	25/26	27/30
3.00	3.50	4.75

2.25

Schuhpalast
Zuckerberg

1928

Stadttheater.

Sonnabend, den 3. April 1909, abends 7 1/2 Uhr:
Klassiker-Vorstellung. Kleine Preise.
Faust.
(Der Tragödie erster Teil).
Sonntag, den 4. April, abends 7 Uhr:
Letzte Vorstell. der Schauspiel-Saison:
Der Registrator auf Reisen.
Oster-Sonntag, den 11. April 1909:
Beginn der Opern-Saison.
Abonnements-Bestellungen werden im Theaterbureau entgegengenommen

---

Achtung!
Schweine-Versicherungs-Verein
Brackwede.
Sonntag, den 4. April 1909, nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung
Tagesordnung im Lokal.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
1923 **Der Vorstand.**



Vertreter: Ad. Fischer, Bielefeld.

Trinkt
Aha's Excelsior!
1113

1938

Mertens Betten

sind

unübertroffen

an

Güte, Haltbarkeit

und

Preiswürdigkeit.

Viele Tausende im Gebrauch. -

Täglich Nachbestellungen!!

Herren-Anzüge

Preislagen: Mk. **9.00** bis **55.00**

Jünglings-Anzüge

Preislagen: Mk. **5.00** bis **35.00**



Ganz besonders

in

Knaben-Anzügen



werden Sie schnell die **grossen Vorteile** herausfinden, welche ich Ihnen infolge **Engagements allererster Erzeugnisse** in bezug auf **hochaparte Fassons, hochfeine Ausstattung,** besonders aber durch **riesengrosse Auswahl** und **auffallende Billigkeit** zu bieten im Stande bin.

Ernst Spanier

Niedernstrasse 8—10, nahe der Altstädter Kirche.

1936

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 78. Bielefeld, Freitag, 2. April 1909. 20. Jahrg.

Von der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen

wird uns zum Zweck der Veröffentlichung folgender Brief, der eine Antwort sein soll auf den offenen Brief, den der Leipziger Aerzte-Verband an den Staatssekretär des Innern gerichtet hat, mitgeteilt:

An
Se. Exzellenz den Herrn Staatssekretär von Bethmann-Hollweg,
Hochwohlgeboren
Berlin.

Der Vorstand des Verbandes der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen hat an Ew. Exzellenz unterm 18. Februar l. J. einen offenen Brief veröffentlicht, der an verschiedenen Stellen solch einseitige und unrichtige Darlegungen gibt, daß wir zur Richtigstellung und Abwehr uns verpflichtet halten. Wir sind dazu um so mehr genötigt, als der Leipziger Verband kraft seiner vielseitigen Verbindungen die öffentliche Meinung in einseitigster Weise zu beeinflussen versucht und wieder, wie wir dies seit Jahren gewöhnt sind, den Krankenkassen alle Schuld an den Kölner Wirren zuzuschieben bestrebt ist.

Schon die Schilderung der historischen Entwicklung, wie sie in dem an Ew. Exzellenz gerichteten offenen Schreiben gegeben wird, entspricht nicht den Tatsachen. Als das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in Kraft trat, standen sowohl die Kassenvorstände wie die Aerzteschaft in ihrer weitaus größten Zahl der neuen Materie ohne jede Erfahrung gegenüber, nur eine verhältnismäßig recht geringe Zahl von Personen hatte vorher in Knappschafts- und Innungskrankenkassen oder in den aus der freien Vereinigung der Arbeiter hervorgegangenen und ausschließlich von ihnen selbst verwalteten sogenannten freien Hilfskassen einige unvollkommene Kenntnisse gesammelt. Die Bezahlung der ärztlichen Leistungen mag gering gewesen sein, die Kassenvorstände diktierten aber nicht einfach, unter welchen Bedingungen die Aerzte ihren Beruf auszuüben hatten und welches Entgelt sie dafür bekamen, sondern gerade damals wurden die Bedingungen durch gegenseitige Aussprachen und Vereinbarungen gemäß den Vorschlägen der Aerzte bestimmt. Dabei ist außerdem zu beachten, daß in den ersten Jahren des Versicherungszwanges die ärztliche Hilfe von den Kassenmitgliedern in geringem Maße, meist nur in den äußersten Notfällen, in Anspruch genommen wurde und sich die Versicherten erst allmählich daran gewöhnten, ärztliche Behandlung rechtzeitig in Anspruch zu nehmen.

Wenn der Leipziger Verband dann weiter schreibt, „es war die **Not**, die uns als freien Bürgern unseres Staates und den Hütern eines freien Berufs den Existenzkampf gegen übermütige und herrschsüchtige Kassenverwaltungen aufnötigten," so müssen wir auch diese Unterstellung, welche durch ihre tausendfältige Wiederholung nicht wahrer wird, entschieden zurückweisen. Die schwersten Kämpfe, welche bisher zwischen den Aerzten und den Kassenverwaltungen einzelner Orte entbrannten, waren meist darauf zurückzuführen, daß die Aerzteschaft den Kassen die freie Arztwahl aufzwingen wollte und sich dagegen die Kassenvorstände wehrten. Wir haben bereits während der Verhandlungen des 3. Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands im Jahre 1904 darauf verwiesen, daß die große Mehrzahl der Krankenkassen der Forderung der Aerzteschaft nach angemessener Bezahlung nicht nur sympathisch gegenübersteht, sondern daß sie das auch durch die Tat bewiesen haben. Das geht auch aus dem 24. Jahrgang der Statistik der Krankenversicherung Bd. 194 der Statistik des Deutschen Reiches klar hervor, während die Krankenkassen 1885 9 060 945 Mk. für ärztliche Behandlung aufgewendet haben, ist diese Summe 1907 auf 63 325 782 Mk. gestiegen, von 2,15 Mk. auf 5,22 Mk. für ein Mitglied und auch 1908 wie im laufenden Jahre sind weitere Honorarerhöhungen ohne jeden Kampf gewährt worden.

Ob und inwieweit die Aerzteschaft unter dem Drucke des Koalitionszwanges, unter dem Drucke eines ehrengerichtlichen Verfahrens zusammengehalten wird, haben wir hier nicht zu untersuchen. Von Interesse ist hier jedenfalls das Zugeständnis, daß der Zusammenschluß der Aerzte auf materielle Gründe zurückzuführen ist, während wir bisher und bis in die jüngsten Tage hinein immer zu hören bekommen, daß die Aerzteschaft in erster Linie Fragen des öffentlichen Wohles gegenüber den Krankenkassen vertrete.

Die Art der Schilderung der Kölner Vorgänge wird nirgends überraschen, wo man Gelegenheit hatte, die Demagogie des Verbandes der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen seit Jahren zu beobachten.

In dem an Ew. Exzellenz gerichteten öffentlichen Briefe hütet sich der Vorstand des Verbandes, auf die Vorgänge im Jahre 1904 hinzuweisen, er hütet sich, das landgerichtliche Urteil vom 6. November 1904 zu erwähnen, das wahrlich kein Ruhmesblatt für die Kölner Aerzte darstellt. Der Verband verschweigt, daß in den Einigungsverhandlungen vom 11. Juni 1906 bis 24. April 1907, welche unter dem Vorsitze des Herrn Beigeordneten Dr. Fuchs geführt wurden, die Krankenkassen bereit waren, auf Grund des damals bestehenden Arztesystems zu verhandeln, daß aber die Aerzte Honorarforderungen stellten, welche wieder höher waren als die im Regierungsvertrage festgelegten Sätze; der Verband verschweigt, daß Dr. Fuchs den Vorschlag der Aerzte vom Standpunkt der Aufsichtsbehörde nicht befürworten könnte. Der Verband verschweigt Ew. Exzellenz wie der Oeffentlichkeit, daß bei den weiteren Verhandlungen, welche im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten anberaumt waren, wohl die Kassenvertreter zu weiterem Entgegenkommen bereit waren, nicht aber die Herren Aerzte. Der Verband verschweigt weiter, daß die Kölner Aerzte **mitten** in den Einigungsverhandlungen die Verhängung der Sperre über die Kölner Krankenkassen beantragt hatten. Wie der Leipziger Verband mit Stillschweigen über diese Ereignisse des Jahres 1907 hinweggleitet, so erzählt er auch nicht, daß **während** der im Jahre 1908 wieder aufgenommenen Verhandlungen der ärztliche Verein von seinen Mitgliedern Reverse unterschreiben ließ, wonach diese verpflichtet waren, die ärztliche Tätigkeit bei den Kassen niederzulegen, sobald hierzu die Aufforderung ergehe. Schließlich unterläßt es der Verband auch, darauf hinzuweisen, daß auch der letzte Einigungsversuch, welchen der Herr Oberbürgermeister der Stadt Köln machte, von den Aerzten abgelehnt wurde. Trotz aller dieser Tatsachen aber findet der Vorstand des Leipziger Verbandes den Mut, Ew. Exzellenz in einem „offenen Brief" zu erzählen, daß die Krankenkassen aus „Herrschsucht" die Kölner Kämpfe herbeigeführt hätten. Wir überlassen Ew. Exzellenz gerne, zu entscheiden, auf welcher Seite hier Herrschsucht und Uebermut zu finden sind.

Wir betonen nachdrücklich, daß wir weit davon entfernt sind, der Aerzteschaft ihr Koalitionsrecht zu bestreiten, daß wir es wohl verstehen, wenn sie davon zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen Gebrauch machen, wo immer sie es für angebracht halten, und ebenso verstehen wir es, wenn die Aerzte zum Streik greifen. Was wir dabei aber immer wieder zu fordern gezwungen sind, worauf wir immer wieder dringen müssen, daß ist, daß der Aerzteschaft bei ihren Lohnkämpfen nicht größere Rechte zugebilligt werden, wie sie jeder anderen Gewerkschaft zustehen, wollen die Herren, wie sie dies oft und lange genug betonten, ihren Verband als Gewerkschaft betrachtet wissen, so können sie auch nicht Bevorzugungen vor anderen wirtschaftlichen Vereinigungen beanspruchen. Bereits auf dem Leipziger Krankenkassen-Kongreß hat unser Referent darauf hingewiesen:

„Die Regierungen haben es in der Hand, einen schreienden Widerspruch zu beseitigen, der darin besteht, daß einerseits die Krankenkassen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes verpflichtet sind, für ärztliche Hilfeleistung Sorge zu tragen, andererseits aber die Aerzte das Recht haben, auf Grund der Gewerbeordnung ihren Beistand zu verweigern. Wird festgesetzt, daß jeder Arzt den Mitgliedern der Krankenkassen zu den Sätzen der staatlichen Minimaltaxen Hilfe leisten muß, so werden wir ungerechtfertigten Forderungen auf dem Boden der Selbsthilfe zu begegnen wissen. Die Zahlung der Minimaltaxe legt jeder Kasse solch schwere Opfer auf, daß keine Verwaltung leichten Herzens dazu übergehen würde"

und in der Resolution, welche von der 14. Jahresversammlung des Verbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche vom 18. bis 20. August 1907 in Mannheim nach dem Referat über „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten" zur Abstimmung und einstimmigen Annehme gelangte, wird ausgeführt:

„Die Jahresversammlung protestiert deshalb nicht nur auf das entschiedenste gegen die Absicht, die freie Arztwahl gesetzlich allgemein einzuführen und erachtet nach wie vor die Wahl des Systems der ärztlichen Versorgung als Aufgabe der einzelnen Kassen und Verbände, sondern sie fordert auch eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, solange die Krankenkassen zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen werden und somit den Aerzten gegenüber willenlos gemacht sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß gesetzlich auch für die Möglichkeit dieser Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Bezahlung einer staatlichen Maximaltaxe zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Kassenmitgliedern vorschreibt. Gegenüber der Tatsache, daß Millionen Versicherter dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, kann es nicht verfangen, daß die Aerzteschaft aus dieser Forderung einen Eingriff in die Gewerbefreiheit ableitet. Genau wie die Versicherten müssen sich die Aerzte darüber klar sein, daß die Rechte, welche ihnen durch das Krankenkassengesetz zugesprochen sind, notwendigerweise auch die Uebernahme von Pflichten in sich schließen."

Diese Forderung müssen wir jetzt, nach all den neuen Erfahrungen, in vollem Maße aufrecht erhalten.

Wenn der Leipziger Aerzteverband in dem „offenen Brief" weiter schreibt:

„Solange die Kassenvorstände sich nicht herbeilassen, auf die Bedürfnisse und Lebensbedingungen des ärztlichen Standes und Berufes die von uns geforderte Rücksicht zu nehmen, solange soll und muß es Kampf und Streit geben",

so beweist uns das aufs neue, daß der Verband all die zahlreichen und namhaften Honorarerhöhungen, welche wir ziffernmäßig belegten, als ungenügend erachtet, daß er als zu erstrebendes Ziel hauptsächlich im Auge hat Zahlung der ärztlichen Leistungen nach der Gebührenordnung, eine Forderung, welche in den verschiedensten ärztlichen Organen immer wieder erhoben wird. Wir sind der Meinung, daß die Erfüllung dieser Forderung den Ruin der deutschen Krankenkassen zur Folge haben würde. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Arzthonorar noch an vielen Orten erhöht werden muß und wird, daß das aber nur unter Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Kassen geschehen kann. Wir sind uns wohl bewußt, daß am Arzthonorar nicht gekünstelt werden darf, wenn dies früher hin und wieder geschehen ist, so sind das Fehler, wie sie einzelnen Kassenverwaltungen ebenso unterlaufen sind, wie solche von verschiedenen Aerzten zu verzeichnen sind. Wir muten der Aerzteschaft weder Entsagung zu, noch verlangen wir, daß sie pekuniäre Opfer bringt.

Die Mitglieder des ärztlichen Standes sind so gut Menschen wie alle übrigen Menschen von Fleisch und Blut, mit all den Vorzügen und Fehlern, welche uns allen anhaften, und schon aus diesem Grunde ist die Zahlung nach Einzelleistungen zu verwerfen. Für dieselbe Krankheit, für welche ein Arzt einen Besuch in der Woche für nötig hält, kann der andere den Patienten dreimal zu sich bestellen oder ihn besuchen. Ist schon eine wirksame Kontrolle der Verschreibungsweise unmöglich, wieviel weniger wäre es durchführbar, die Aufstellung des Arztes darauf zu prüfen, ob unnötige Besuche gemacht wurden oder nicht. Auch eine Kontrolle durch den Patienten ist ausgeschlossen; der Privatpatient, welcher nach seinem Erachten zu viel und zu häufig Rezepte erhält oder vom Arzte besucht wird, macht seinem Herzen ungeniert Luft, da er die Rechnungen fürchtet, der Kassenpatient hält aber leider vielfach den Doktor für den besten, der viel verschreibt, und er wird in vielen Besuchen eine besondere Sorgsamkeit erblicken.

Die Bestimmung der Zahl von Einzelleistungen hängt in den meisten Krankheitsfällen vom Arzte selbst ab, der aber auch ein Interesse ebenso an der Behandlung vieler Krankenkassenmitglieder, wie an einer hohen Zahl der einzelnen Leistungen hat, wenn jede derselben besonders honoriert wird. Darin besteht offenbar eine Gefahr für schwache Naturen, gegen welche wir uns durch keine Einrichtung schützen können, wenn jeder Arzt, welcher sich für die Kassenpraxis zur Verfügung stellt, auch zugelassen werden muß.

Wider besseres Wissen versuchen die Organe der Aerzteschaft, sowohl bei der Reichsregierung wie in der breiten Oeffentlichkeit dadurch ein williges Ohr zu finden, daß sie für die Haltung der Krankenkassen eine bestimmte politische Partei verantwortlich machen; diese Organe müssen wissen, daß, wie bereits der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen nachgewiesen hat, in der Abwehr der unberechtigten Forderungen der organisierten Aerzte alle Krankenkassen zusammen stehen, sie wissen, daß darin Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind. Die Aerzteschaft weiß aber ebensogut, daß die freie Arztwahl nie bei den Krankenkassen Fuß gefaßt hätte, wenn nicht gerade Angehörige derjenigen politischen Partei, welche jetzt als der Sünder hingestellt wird, den Herren Aerzten den Weg geebnet hätten. Auch diese Art des Kampfes kennzeichnet das demagogische Vorgehen der Herren Aerzte zur Genüge.

Soll die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht **völlig** untergraben werden, sollen nicht diejenigen Aufgaben, welche uns durch das Gesetz übertragen sind, Not leiden, so muß die Reichsversicherungsordnung Bestimmungen treffen, welche uns nicht bedingungslos in die Hände des Leipziger Verbandes liefern.

Den Interessen von 30 000 Aerzten dürfen nicht diejenigen von über 11 Millionen Angehöriger des werktätigen Volkes untergeordnet werden. Ergebenst

Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.
E. Simanowski, Vorsitzender.

4

Maruja.

Roman von Francis Bret Harte.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheibe.

„Kommen Sie," fuhr sie fort, indem sie ihre Hand sanft auf seinen Arm legte; „und zürnen Sie mir nicht, wenn ich Sie einfach wieder auf den Standpunkt stellen möchte, den Sie einnahmen, als Sie vor fünf Tagen zuerst unser Haus betraten. Fünf Tage umfassen nicht soviel Glück oder Schmerz, daß man sie nicht vergessen könnte, nicht wahr, Carroll — Kapitän Carroll?" Hier brach sich ihre Stimme in einem leisen Seufzer, dann fuhr sie fort: „Seien Sie mir nicht böse — wenn ich, da ich weiß, daß ich Ihnen niemals mehr sein kann — den Wunsch hegte, Sie möchten meine Schwester und meine Schwester möchte Sie lieben. Wir hätten dann gute Freunde werden können — recht gute Freunde."

„Warum können Sie mir niemals mehr sein?" rief Carroll, indem er ihre Hand ergriff. „Um Gottes willen, sagen Sie mir, warum?"

„Ich kann mich nur mit einem Manne von spanischem Blute, mit einem Manne von der Nationalität meiner Mutter verheiraten. Dies ist der Wille meiner Mama und ihrer Familie. Sie sind aber Amerikaner."

„Das kann doch nicht Ihr endgiltiger Entschluß sein?"

Sie zuckte die Achseln.

„Was wollen Sie? Es ist der Wunsch meiner Angehörigen."

„Aber wenn Sie dies wußten —" er hielt inne und das Blut schoß ihm heiß ins Gesicht.

„Sprechen Sie weiter, Kapitän Carroll," rief Maruja. „Sie wollten sagen, wenn Sie das wußten, warum haben Sie mich nicht gewarnt — warum haben Sie es mir nicht bei unserem ersten Zusammentreffen gesagt. Nicht wahr, ich hätte sagen sollen: „Sie sind zwar hierher gekommen, um sich um meine Schwester zu bewerben; aber bitte, verlieben Sie sich nicht in mich — ich kann keinen Amerikaner heiraten."

„Sie sind grausam, Maruja. Aber wenn dies das ganze Hindernis wäre — ein solches Vorurteil läßt sich besiegen! Ihre eigene Mutter hat einen Amerikaner geheiratet."

„Vielleicht gerade darum," entgegnete das Mädchen ruhig, indem sie die langen Wimpern senkte und mit der Spitze ihres Atlaspantoffels sanft über die Kleeblätter zu ihren Füßen strich. „Soll ich Ihnen die Geschichte unseres Hauses erzählen? Still, da kommt jemand! Rühren Sie sich nicht; bleiben Sie stehen, wie Sie stehen. Wenn Sie mich lieb haben, Carroll, so fassen Sie sich und geben Sie dem Manne keine Veranlassung, sich über uns lustig zu machen." Und indem sie den bisherigen sanft überredenden Ton fallen ließ und ihn in den unterdrückten Stolzes verwandelte, setzte sie hinzu: „Er soll jedenfalls nicht über uns lachen, Kapitän Carroll, versprechen Sie mir das."

In diesem Augenblicke erschien Garnier mit heiterer, selbstgefälliger Miene und mit durchaus höflichem, unbefangenem Wesen am Ausgange des Labyrinthes. Er war zu gut erzogen, um auch nur scherzweise eine Anspielung auf die Situation zu machen — so er ging sogar noch weiter, und fand es außerordentlich liebenswürdig von den beiden, einen verirrten Wanderer durch den Ton ihrer Stimmen nach dem Ausgange der Irrwege zu leiten, den er ungeschickterweise nicht hatte finden können.

„Sie kommen gerade recht, um eine Geschichte, die ich eben erzählen will, mit zu hören oder zu unterbrechen," gab Maruja ruhig zur Antwort. „Es ist nur eine alte spanische Legende, die das Schicksal dieses Hauses betrifft; aber da Sie beide nun die Mehrheit bilden, können Sie mich jeden Augenblick zum Schweigen verurteilen. — Versprechen Sie nichts! Ich sage Ihnen zum voraus, daß die Geschichte albern ist, und nichts weniger als neu; ihre einzige Berechtigung liegt darin, daß sie dem hiesigen Boden entstammt." Bei diesen Worten ließ die Sprechende einen schnellen, ausdrucksvollen Blick über Carroll hingleiten und wußte ihre Erzählung in so zarter und doch nicht zu verkennender Weise hauptsächlich an ihn zu richten, daß er sich dadurch gewissermaßen getröstet fühlte.

„In altersgrauen Zeiten, Caballeros," begann Maruja mit schalkhafter Feierlichkeit, indem sie mit ihrem Fächer auf den Tisch klopfte, an dem sie stand, „war dies ganze Gebiet die Heimat der Coyoten. Große und kleine, Vater und Mutter, Senor und SenoraCoyote nebst den kleinen Coyoten-Muchachos (Kinder) hausten in der düstern Canada und streiften, nach Beute jagend, über die mit wildem, gelbschimmerndem Hafer und roten Mohnblumen bewachsenen Felder. Sie waren glücklich — wie sollten sie nicht! Waren sie doch nur auf sich gestellt, hatten keine Geschichte, keine Ueberlieferung zu berücksichtigen. Sie heirateten nach Gefallen (mit einem Blicke auf Carroll). Niemand hatte etwas dagegen einzuwenden; sie wuchsen und mehrten sich. Aber die Ebene war fruchtbar und wildreich — es war nicht in der Ordnung, daß sich nur Tiere daran erfreuten, so geschah es denn, daß im Laufe der Zeiten ein Indianerhäuptling, ein Heide, namens Koorotora, seinen Wigwam hier aufschlug."

„Ich bitte um Verzeihung," sagte Garnier in scheinbarer Verlegenheit, „ich habe den Namen dieses Herrn nicht verstanden."

Maruja erriet, daß der Fragende nur ihre wohlklingende Aussprache des Wortes noch einmal zu hören wünschte. „Koorotora" wiederholte sie mit einem entschuldigenden Seitenblick auf Carroll und fuhr dann fort: „Auch er hatte sich mit keiner Geschichte oder Ueberlieferung abzuquälen, und wie auch Senor Coyote über die Angelegenheit denken mochte, er begnügte sich damit, Senor Koorotoras Wigwam nach Möglichkeit zu berauben und das Indianerlager bei Nacht und Nebel zu umschleichen. Der alte Häuptling aber gedieh trotz alledem, machte weite Streifzüge durch die Umgegend, kehrte jedoch immer wieder in seine hiesige Ansiedlung zurück. Das ging so fort, bis von Süden her die heiligen Väter in das Land kamen, und Portala, wie Sie beide wissen, drüben am Meeresstrande das Kreuz aufrichtete und, zum Besten der erstaunten Heiden, zurückließ. Auch Koorotora sah es auf einem seiner Ausflüge und kam, erfüllt von diesen Wundern, nach der Canada zurück. Koorotora hatte aber eine Frau."

„Ah, nun fängt die Sache an, interessant zu werden," fiel Garnier lustig ein. „Dies ist schon besser, als Senora Coyota."

„Natürlich wünschte sie, das wunderbare Ding zu sehen," fuhr Maruja fort; „sie sah es, lernte die heiligen Väter kennen, und ließ sich von ihnen, dem heidnischen, abergläubischen Widerstreben ihres Gatten zum Trotz, zum Christentum bekehren. Die heiligen Väter taten sogar noch mehr . . ."

„Sie bekehrten das ganze Land," fiel Garnier abermals ein; „es war ein köstlicher Platz für eine Mission."

„Das fanden sie auch," sagte Maruja; „sie bauten sich ein Haus und vereinigten so viele von Koorotoras Angehörigen, wie sie nur irgend konnten, mit ihrer heiligen Herde. Der Ueberlieferung nach, taten sie das zuweilen in seltsamer Weise. Dragoner des Presidio, Kapitän Carroll, sollen sie mit dem Lasso gefangen und, an die Schwänze ihrer Pferde gebunden, eingebracht haben. Nur Koorotora bekamen sie nicht. Er trotzte ihnen, verwünschte in seiner verstockten, heidnischen Weise sie und sein Weib, und prophezeite, daß sie dereinst, durch den Verrat eines Weibes, die Mission verlieren, und daß die Ueberreste ihrer Kirche dem Coyote noch einmal Obdach bieten werden. Die heiligen Väter bemitleideten den schlimmen Mann und pflanzten sich einen herrlichen Garten. Sehen Sie dort den Birnbaum! — Das ist alles, was davon übrig geblieben."

Sie wendete sich mit gemachtem Pathos und deutete mit ihrem Fächer auf den Birnbaum, während Garnier in ebenso gemachter Verwunderung die Hände erhob. In Carrolls Seele erwachte eine unbehagliche Erinnerung an seine Begegnung mit dem Coyote.

Parteinachrichten.

Quittung. Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aalen, Beitrag des 13. württemb. Wahlkr. für 2. Halbjahr 1908 35,60; Aachen-Stadt, s.-d. Verein, 4. Quart. 08 102,92; Altona, s.-d. Verein f. d. 8. u. 10. schlesw.-holst. Wahlkr., 2. Qu. 1908/09 1464,78; Groß-Berlin a konto seiner 8 Wahlkr. 20 000; Berlin, div. Beitr. 728,30; Breslau, Wahlkr. Ost und West, 4. Quart. 08 865,60; Brandenburg-Westhavelland, s.-d. Zentralverein, 4. Quart. 08 289,80; Burg bei Magdeburg, Beitr. des Wahlkr. Jerichow I und II für 4. Quart. 08 262,18; Bern 50,—; Bremen, B. C. 10,—; Butzbach i. H., X. Y. Z. 12,—; Buxtehude, von den Alten durch Weber 2,—; Biberach a. Rh. 9,23. Calw, 7. württemb. Wahlkr., 3. Quart. 08 66,28. Celle, 14. hann. Wahlkreis, Beitrag für 2. Halbjahr 08 345,46, Crefeld, s.-d. Volksv., 4. Qrart. 08 207,99; Cannstatt, 2. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 1908 396,72; Chemnitz, „Brutus" 1,—. Düsseldorf, s.-d. Verein, 4. Quart. 08 509,66; Duisburg, s.-d. Verein, 4. Quart. 08 368,74; Danzig, Prov. Westpr., 4. Quart. 08, Wahlkreise: Elbing-Marienburg 300, Danzig-Stadt 122,25, Neustadt-Karthaus 3,12, Strehm-Marienwerder 9,35, Rosenberg-Löbau 4,65, Thorn-Pulm 3,84, Schwetz 5,76, Schlochau-Flatow 6,10, Deutsch-Krone 9,40, Summa 194,47. Elberfeld-Barmen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 08, 850,—; Eßlingen, 5. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 1908 213,60; Erstein-Molsheim, 4. Quart. 08 16,04; Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Wahlkreisbeitrag 200,—. Euskirchen, s.-d. Verein für den Wahlkr. Bergh.-Euskirchen, 4. Quart. 08 20,30. Falkenberg (Oberschl.) 5,—; Forst i. L., Wahlkr. Sorau-Forst 200,—; Flensburg, s.-d. Zentralv. für den 1. u. 2. schlesw.-holst. Wahlkr., 3. Quart. 08 282,86; desgl. 4. Quart. 1908 351,26; Goch-Geldern, s.-d. Volksv. für den Wahlkr. Cleve-Geldern, 4. Quart. 08 13,08; Goldbeck (Altmark), stiller Parteigenosse 10,—. Hannover, Beitrag des 8. hann. Wahlkr. à Konto November und Dezember 08 1100,—; Hartha, 10. sächsischer Wahlkreis à Konto der Beiträge für 1908/09 500,—; Hagen-Schwelm, s.-d. Verein, 4. Quart. 08 520,82 (davon von Frauen) 26,26); Hanau-Gelnhausen-Orb, s.-d. Wahlverein, 2. Halbj. 08 1275,—; Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode, Restbeitr. für 1907/08 131,25; Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Hamb. Echo", 106,20. Jena, Beitrag des 3. weimar. Wahlkr. für das 2. Halbjahr 08 550,—. Köln a. Rh., Reg. W., 20,—; Kattowitz, Beitrag der P. P. S. 98,45; Karlsruhe, s.-d. Verein des 9. bad. Wahlkr. für 4. Quart. 08 309,18; Königsberg, Beitr. d. Kreisv. der Prov. Ostpr. für 3. u. 4. Quart. bezw. 4. Quart. 08, Wahlkreise: Königsberg-Land, 3. und 4. Quart. 08 63,40, Tilsit-Niederung desgl. 54,24, Gumbinnen-Insterburg desgl. 18,45, Labiau-Wehlau desgl. 13,78, Osterode-Neidenburg desgl. 11,—, Ragnit-Pillkallen desgl. 8,10, Friedland-Gerdauen desgl. 5,38, Lyck-Johannesburg 4. Quart. 08 3,20, Memel desgl. 12,56. Einzelmitglieder des Provinzialverbandes für 1908 23,64, Summa 213,75. Lüneburg, Kreisv. d. 16. hann. Wahlkr., 4. Quart. 08 100,88; Leisnig, 1 paar gute Freunde 45,—; Lüdenscheid, Zentralwahlverein für den Wahlkr. Altena-Iserlohn, 4. Quart. 08 56,82. Meerane, 17. sächs. Wahlkr., 4. Quart. 08 125,—; Mannheim, 11. bad. Wahlkr., 4. Quart. 08 750,—; Meiningen I (Meiningen-Hildburghausen) 3. Quart. 08 41,61; Meiningen II (Sonneberg-Saalfeld) 3. Quart. 08 234,66. Neuwied, Beitrag der Wahlkreisorganisation für 4. Quart. 08 9,90. Oberlangenbielau, Extrabeitrag aus dem Eulengebirge 100,—; desgl. letzte Rückzahlung aus F. 67 [illegible] Oberschöneweide, von Mitgl. der Zentralkranken- und -Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Ueberschuß der Theatervorstellung am Bußtag, den 18. Nov. 08 25,—; Ottensen, s.-d. Zentralv. für den 6. schlesw.-holst. Wahlkr., 3. Quart. 1908 1553,—; Osnabrück, Beitrag des 4. hann. Wahlkr. vom 1. Aug. bis 1. Dez. 08 274,32; Oberlangenbielauer Agitationsbezirk, 4. Quart. 08, Wahlkreise: Hirschberg-Schönau 34,55, Landeshut-Jauer 75,—, Reichenbach-Neurode 233,25, Schweidnitz-Striegau 195,—, Waldenburg 254,—, Summa 791,80. Pforzheim, 10. bad. Wahlkr. für 3. Quart. 08 196,50; Potsdam-Osthavelland, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 08 201,30. Rostock, 5. mecklenb. Wahlkr., 2. Halbj. 08 356,96; Recklinghausen, Beitr. d. Wahlkr. für 4. Quart. 08 257,50. Schneidemühl, Beitr. des s.-d. Vereins für 4. Quart. 08 4,56; Solingen, Beitr. d. Wahlkr. für 4. Quart. 08 762,23; Stendal-Osterburg, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 68,50; desgl. für 4. Quart. 08 93,02; Stuttgart, Beitr. d. 1. württemb. Wahlkr. für 4. Quart. 08 679,92; Schöneberg, Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes in der Buchdruckerei Kettenbeil 15,—; Schaerbeek (Belgien), Deutscher Arbeiterverein 20,16; Saarzemünd-Forbach, s.-d. Kreisv. für 4. Quart. 08 8,48; Schleswig, s.-d. Zentralv. für den 3. schlesw.-holst. Wahlkr., 4. Quart. 08 125,90; Stassfurt, Wahlkr. Quedlinburg-Aschersleben-Calbe, 4. Quart 08 422,60; Stockelsdorf, Fürstentum Lübeck, 3. Quart. 08 180,26. Uelzen, Wahlkreisbeitr. 50,—. „Vorwärts", 4. Quart. 08 33 177,30. Weißensee, die Schleifer von Now-Departu 4,—. Weißensee, ges. von M. R., L.-str., 2,08; Wiesbaden, s.-d. Kreisv. für den 2. nassauischen Wahlkr., 4. Quart. 08 150,—. Zittau, s.-d. Verein für den 1. sächs. Wahlkr., 4. Quart. 08 284,72 Mk.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Von der Presse. Das „Berliner Volksblatt", wie das Zentralorgan früher hieß, fing mit einer Auflage von 2000 an, heute zählt der „Vorwärts" annähernd 140 000 Abonnenten. In den 25 Jahren des Bestehens des „Vorwärts" sind über dessen Redakteure, ungerechnet Untersuchungshaft und Gerichtskosten, rund 10 800 Mk. Geldstrafen, 10 Jahre und 18½ Wochen Gefängnis, 7 Wochen Gefängnishaft und drei Monate Festungshaft verhängt worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband der Portefeuiller und Ledergalanteriearbeiter Deutschlands hat zum 12. April seinen 3. außerordentlichen Verbandstag nach Köln einberufen, der sich mit der Zusammenlegung des Sattler- und Portefeuiller-Verbandes beschäftigen wird. Am 13. April und folgnede Tage findet dann eine gemeinschaftliche Generalversammlung der beiden Organisationen statt, woran sich eine internationale Konferenz anschließen wird.

Aus dem uns gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht der letzten beiden Jahre ist zu entnehmen, daß die Krise die deutsche Lederwarenindustrie und die Organisation der Arbeiter stark beeinflußt hat. Die Zahl der Mitglieder ist demzufolge von 3895 auf 3512 zurückgegangen. Nach einer anfangs 1909 vom Verbandsvorstand vorgenommenen Zählung sind 4900 männliche und 1400 weibliche Arbeiter in der Portefeuilleindustrie Deutschlands tätig. Von den männlichen arbeiten 2600 in Werkstätten und 2300 in der Heimindustrie, von den weiblichen sind 1025 in Werkstattbetrieben und 375 als Heimarbeiterinnen beschäftigt.

Das Organisationsverhältnis ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen, denn von den Werkstattarbeitern gehören 78 Proz., von den Heimarbeitern 60 Prozent der gewerkschaftlichen Organisation an. Die Arbeiterinnen sind zu 33⅓ Prozent aus der Werkstatt-, zu 25 Prozent aus der Heimarbeit organisiert. Im Verband der Portefeuiller sind 1902 Werkstattarbeiter, 1201 Heimarbeiter, 342 Werkstattarbeiterinnen und 97 Heimarbeiterinnen organisiert. Dazu kommen noch 45 Werkstattarbeiter und 34 Heimarbeiter im Buchbinderverband, 100 Werkstatt- und 150 Heimarbeiter im christlichen Lederarbeiterverband. Bringen wir von den Unorganisierten ein Viertel als nicht organisationsfähig in Anrechnung, so bleiben immer noch 1000 männliche und 600 weibliche Berufsgenossen übrig, die der Organisation zuzuführen sind.

Die Zentralkasse vereinnahmte 142 642,45 Mk. an Beiträgen. Die Gesamteinnahme inkl. Kassenbestand von 97 865,99 Mk. beläuft sich auf 252 350,74 Mk. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 34 120,41 Mk. für Erwerbslosenunterstützung, für die in den drei Jahren vorher nur 6317,45 Mk. verausgabt wurden. An die 3879 Mitglieder, die der Verband im Durchschnitt zählte, wurde in 2693 Fällen Erwerbslosenunterstützung gezahlt, d. h. auf je hundert Mitglieder kamen 69,10 Unterstützungsfälle. Von den 3542 am 31. Dezember 1908 vorhanden gewesenen Mitgliedern haben 1351 = 38,41 Prozent in 2063 Fällen Unterstützung erhalten. 515 Mitglieder sind nach Empfangnahme von 630 Unterstützungen aus dem Verbande ausgetreten oder wegen Reste gestrichen worden.

Für das Verbandsorgan wurden 6685,66 Mk., für die „Gleichheit 989,56 Mk., für persönliche Verwaltungskosten 12 856,22 Mk., für sächliche Verwaltungskosten 7478,05 Mk., für Streiks, Maßregelungsunterstützung und Tarifbewegung 2034,76 Mk. ausgegeben.

Die Lokalkassen hatten inkl. ihres Bestandes von 9923,96 Mk. eine Gesamteinnahme von 48 534,50 Mk., wovon 3500 Mk. Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurden. In der Zentralkasse waren am 31. Dezember 1908 153 413,67 Mk., in den Lokalkassen 18 753,65 Mk. vorhanden.

Die Beitragsleistung gestaltete sich pro Jahr 45,94 Wochen durchschnittlich pro Mitglied. Die Zahl der Arbeitslosenwochen stieg gegen die vorherige Berichtsperiode von 0,42 auf 1,32, die Krankenwochen von 0,88 auf 1,03 pro Mitglied.

Infolge der im Jahre 1905 abgeschlossenen und im Jahre 1908 erneuerten Tarifverträge für die Portefeuilleindustrie ist es nur in einem Betriebe zum Streik gekommen. Im Jahre 1908 wurden für Tarife für 3170 Portefeuillearbeiter und -Arbeiterinnen in 250 Betrieben abgeschlossen. Dazu kommt noch ein Tarif für sieben Betriebe mit 130 Personen aus dem Jahre 1907. Die 9stündige Arbeitszeit ist allgemein, auch in der Hausindustrie, durchgeführt.

Der Bericht schließt: „Geben die Portefeuiller und Ledergalanteriearbeiter Deutschlands ihre liebgewordene und bewährte Organisationsform auf, so tragen sie damit der Entwicklung Rechnung. Wie das Bessere stets der Feind des Guten ist, so hoffen und erwarten unsere Berufsgenossen von der neu zu bildenden Organisation, daß sie stets ihre Interessenvertretung sein wird, wie die Berufsgenossen und -Genossinnen sich verpflichten, für die Ausbreitung und Stärkung des Sattler- und Portefeuillerverbandes mit aller Kraft zu wirken, damit die nächste Generalversammlung einen alle Teile befriedigenden Bericht entgegennehmen kann.

Die Aushungerung der schlesischen Weber soll vor sich gehen. Die ausständigen Textilarbeiter in Langenbielau beschlossen am 30. März in einer stark besuchten Versammlung, weiter im Ausstande zu verharren. Die Textilindustriellen ließen darauf, der „Breslauer Zeitung" zufolge, sämtlichen dem Deutschen Textilarbeiterverbande angeschlossenen Arbeitern der Fabriken zu Reichenbach und Langenbielau die Kündigung zugehen.

Sämtliche organisierten Maler in der Stadt Oldenburg sind ausgesperrt worden. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Jahresbericht des Volkshauses Leipzig. Die Verwaltung des Leipziger Volkshauses hat den fünften Geschäftsbericht 1908 erscheinen lassen. Es geht aus ihm hervor, daß das Ergebnis des letzten Jahres durch die wirtschaftliche Depression wesentlich beeinflußt worden ist. So sind die Einnahmen an den Bierbüfetts um fast 20 000 gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Dagegen haben die Küchenbüfetts um etwa 5000 Mk. Mehreinnahme zu verzeichnen. Das Vergnügungskonto schließt mit einem Minderertrag von zirka 2000 gegen das Vorjahr ab; diese Mindereinnahme resultiert aus verringerten Einnahmen von Entree, Garderobe, Tanz. An Mietzins aus den vermieteten Räumen wurden rund 1500 Mk. mehr erzielt, auch in der Herberge wurden an Schlafgeld rund 1600 Mk. mehr eingenommen. Diese letztere Mehreinnahme ist darauf zurückzuführen, daß seit dem 1. April die Gebühr für Uebernachten, Frühstück und Bad von 45 auf 50 Pfg. erhöht worden ist, und daß außerdem noch 1698 Uebernachtungen mehr zu verzeichnen waren. Trotzdem schloß die Herberge noch mit einem Defizit von 2401,34 Mk. ab. Das Gesellschaftskapital hat sich um 9526 Mk. auf 237 250,25 Mk. erhöht, während noch ein Betrag von zirka 7000 Mk. in naher Aussicht steht. Das Unternehmen bilanziert mit 1 042 039,35 Mk. und schließt mit einem Reingewinn von 1360,16 Mk. ab. An Getränken wurden für 155 250,34 Mk., an Speisen für 127 997,15 Mark, für Zigarren, Zigaretten und Kautabak 12 354,61 Mk. konsumiert. Die Zahl der in der Herberge Zugereisten betrug 12 423 Personen, das ergibt im Durchschnitt für den Tag 34. Bei 184 Personen machte sich die Desinfektion nötig. Von den 90 vorhandenen Betten waren im Durchschnitt 74 belegt.

Die Vereinigung der polnischen Berufsverbände perfekt! In Beuthen i. Oberschl. tagte am Sonntag, 28. März, die Generalversammlung des Oberschlesischen Vereins zur gegenseitigen Hilfe. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Frage der Vereinigung des Vereins mit der „Polnischen Berufsvereinigung" in Bochum, der sich schon früher der „Polnische Berufsverband" in Posen angeschlossen hat. Die Verhandlungen führten dazu, daß die Vereinigung einstimmig beschlossen wurde. Mithin ist die Vereinigung der drei polnischen Berufsverbände zu einer gemeinsamen Organisation perfekt geworden.

In der Holzwarenfabrik von Hergert in Langenau bei Freiberg verließen 13 unverheiratete organisierte Arbeiter die Fabrik wegen fortwährender Schikanierung der organisierten Arbeiter. Darauf entließ der Fabrikant auch sämtliche verheiratete organisierte Arbeiter.

Die Verschmelzung des Verbandes der Notenstecher mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker ist von den Mitgliedern des erstgenannten Verbandes abgelehnt worden. Um die Meinung der Mitglieder des Notenstecherverbandes in der Verschmelzungsfrage kennen zu lernen, fand eine Urabstimmung statt. Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Von 384 abgegebenen giltigen Zetteln sind auf die erste Frage: Sind Sie für eine Verschmelzung mit dem Verbande der Lithographen usw.? 154 mit Ja und 221 mit Nein beantwortet worden, während 9 Zettel unbeschrieben waren. Die zweite Frage: Würden Sie bei beschlossener Verschmelzung mit in den Verband der Lithographen usw. übertreten? wurde von 211 Kollegen mit Ja und 154 mit Nein beantwortet, während 19 unbestimmt waren. Da für die erste Frage einfache Majorität vorgesehen war und diese 193 beträgt, so ist die Verschmelzung abgelehnt. Für die zweite Frage war sechs Siebtel Majorität bestimmt worden, die also auch nicht erreicht worden ist.

Grubenarbeiterstreik in Südfrankreich. Aus Bagnères de Bigorre (Département Hautes Pyrénées) wird dem „Petit Parisien" gemeldet, daß 250 Arbeiter der Aluminiumgrube wegen verweigerter Lohnerhöhung in den Ausstand getreten sind. Die Ausständigen zerstörten die Maschinen (?) und versuchten die Pulverkammer in die Luft zu sprengen. (?) 50 Gendarmen wurden zur Aufrechterhaltung der Ordnung in das Streikgebiet entsandt.

Vereins-Kalender.

Freitag.

Männer-Gesangverein „Freie Stunde" 9 Uhr bei Sewing, Bürgerweg 93.
Gesangverein „Concordia" 9 Uhr bei Kleinert.
„Teutonia I" 9 Uhr bei Kahl, Herforderstraße 137.
Zitherklub „Alpenrose". Rickes, Nebelswall.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.
— Abt. „Eintracht" 8½ Uhr bei Langewort, Detmolderstraße.
— Abt. „Eichenkranz" 8½ Uhr b. Lohmann, Altenschildescherweg.
— Abt. „Jahn" 8½ Uhr bei Stockbrügger, Turnerstraße.
— Abt. „Gadderbaum" 8½ Uhr bei Brackfick, Hallerweg.
— Abt. „Hoffnung" 8½ Uhr bei Apenbrink, Herforderstraße.
Bielefelder Kraftsportvereinigung 9 Uhr im „Berliner Hof".
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrink.
Radfahrerverein „Tourist" Sitzung bei Helms, Jöllenbeckerstr.
Radfahrerverein „Transvaal" 9 Uhr bei Wirt Höner zu Eißen.
Radfahrerklub „Flora" 9 Uhr bei Wöhler, Heeperstraße.
Kegelklub zu den drei Linden 9 Uhr bei Kickert, Ehlentrupperweg.
Guttemplerorden. Loge Bielefeld. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstr. 51.
Ringklub „Aberg" 8½ Uhr bei Karl Blome, Webereistraße.
Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Theesen. Arbeiter-Gesangverein „Horstheide 8½ Uhr bei Wilhelm Meier-Ditrich.
Subbrak. Arb.-Turnverein „Frisch Auf" b. Wirt Fohrmann.
Schildesche. Radfahrerklub „Einigkeit" 8½ Uhr im Hellingskrug.
Schildesche. Arb.-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Arbeitergesangverein „Schildesche" 8½ Uhr bei Höner, Bielefelderstraße.
Schildesche. Kegelklub „Fortuna" 8½ bei Siekmann, Herforderstraße 8.
Dornberg. Turnverein Jahn 7—9 Uhr bei Indiestel, Bürgerweg.
Enger: Turnverein „Eintracht" 9 Uhr im Niermannschen Saale.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Stiftberg" 9 Uhr bei Wirt Tiemeyer.
Herford. Arb.-Radfahrerverein „Freie Radler" 9 Uhr im Restaurant „Zur Traube", A. Seeger.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Wirt Brockmann.
Herford. Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr bei Läge.
Sundern. Arbeiter-Turnverein „Freiheit" 9 Uhr bei Wirt Mester.
Falkendiek. Arbeiter-Turnverein „Eintracht" 8½ Uhr bei Stille.
Oetinghausen. Arbeiter-Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr beim Wirt Düsdicker.
Spenge. Arb.-Turnverein „Einigkeit" 8¾ Uhr bei Heitmann.
Porta. Freie Turnerschaft, Turnabteilung abends 7 Uhr bei Herrn Fricke.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Röbke.
Rehme. Freie Turnerschaft 9 Uhr bei Röbke.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr.
Rheda. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr bei August Kipp.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.
Detmold. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr in der „Centralhalle".
Lemgo. Freie Turnerschaft 8½ Uhr bei Gastwirt Mohrmann, Lippischer Hof.
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Stadthagen. Freie Turnerschaft 7½—9½ Uhr im Schaumburger Hof.
Stadthagen. Arbeitergesangverein „Edelweiß" 7—9 Uhr

„Und die Indianer sind ebenfalls verschwunden!" sagte er in dem Bestreben, seiner Mißempfindung Herr zu werden.

„Alles, was von ihnen übrig geblieben, liegt dort unter jenem Hügel — dem Grabe des Häuptlings und seines Volkes. — Die Erfüllung seiner Weissagung hat er nicht erlebt. Erst ein Jahr nach seinem Tode kam unser Ahnherr, Manuel Guitierrez, aus den spanischen Mutterlande herüber, und legte dem Presidio die Bewilligung vor, sich nach Gefallen zwanzig Leagues (spanische Meilen) hiesigen Gebiets zur Niederlassung anzueignen. Dona Maria Guitierrez fand Gefallen an der Canada. Aber diese war bereits im Besitz der heiligen Kirche. Da geschah es, daß bei Nacht — wie es heißt, durch Verrat — die Wachen entfernt wurden, die Indianer die Mission überfielen, alle Laienbrüder erschlugen und die Priester verjagten. Den Heiden wurde der Platz durch den Kommandanten des Presidio wieder entrissen, aber da er dem Gouverneur vorstellte, daß sich die heiligen Väter nur mit Hilfe einer starken, militärischen Schutzwache im Besitz ihrer Mission zu behaupten vermöchten, wurde diesen vom Offizial der Befehl erteilt, sich nach Santa Cruz zurückzuziehen, und Don Manuel erhielt die ihm gewährleisteten zwanzig Leagues im Gebiete der Canada. Ob er selbst, oder Dona Maria etwas mit dem Indianerüberfall zu tun gehabt haben, weiß niemand zu sagen; Vater Pedro aber versöhnte sich nie mit ihnen. Es wird erzählt, daß er, am Altare stehend, den Fluch der Kirche über die Besitzung ausgesprochen habe, die fortan immer wieder Fremden in die Hände fallen solle."

„Und das ist vor langer Zeit geschehen, die Besitzung befindet sich aber noch immer in derselben Familie," sagte Carroll, gleichsam als Antwort auf Marujas Blick.

„In den letzten hundert Jahren hat es nicht einen männlichen Erben in derselben gegeben," fuhr Maruja fort, indem sie Carroll noch immer ansah. „Als meine Mutter, die älteste Tochter des Hauses, sich gegen den Willen der Ihrigen mit Don José Saltonstall vermählte, hieß es, daß nun der Fluch in Erfüllung gehen werde. Und in demselben Jahre, Caballeros, wurden die gefälschten Dokumente zu Micheltorrena aufgefunden, und in dem darauf folgenden Prozeß hat Ihre Regierung, Kapitän, zehn Leagues unseres Gebiets unserem Nachbar, Doktor West, zugesprochen."

„Dem grauhaarigen Herrn, der neulich zum Frühstück hier war!" rief Garnier. „So sind Sie mit ihm befreundet . . . tragen ihm nichts nach?"

„Warum sollten wir das?" antwortete sie mit leichtem Achselzucken, und zu Carroll gewendet fügte sie hinzu: „Er bezahlte den Fälscher und Ihre Corregidores standen ihm bei, indem sie erklärten, daß keine Fälschung vorliege."

Trotz des versteckten Vorwurfes, den diese Worte enthielten, fühlte sich Carroll ermutigt. Garniers Gegenwart fing an, ihm lästig zu werden; er sehnte sich danach, seine Werbung zu wiederholen, und vielleicht verriet sein Gesicht, was in ihm vorging, denn mit erzwungenem Ernste fuhr Maruja fort: „Es hat immer seine Unbequemlichkeiten, die älteste Tochter zu sein, um so mehr aber, wenn man dadurch die Erbin eines Fluches wird. Wie gut hat es Amita — sie kann tun, was ihr Herz begehrt, ohne sich um Familienrücksichten zu kümmern — während ich Arme! . . ." Sie schlug die Augen nieder, aber sie wußte dabei dem aufleuchtenden Blick des Kapitäns zu begegnen und ihn halb und halb zurückzuweisen.

„Sie wollen doch nicht sagen, Mademoiselle, daß Sie diesem kindisch-lächerlichen Märchen die geringste Bedeutung beilegen und daß Sie daran glauben," rief Garnier, dessen ruhige Sicherheit und höflicher Gleichmut einer beinahe rauhen Heftigkeit gewichen war.

Marujas Lippen schlossen sich fest zusammen; sie warf Carroll einen bedeutungsvollen Blick zu; im nächsten Moment erschien sie jedoch wie früher.

„Es kommt wenig darauf an, was ein törichtes Mädchen, wie ich bin, glaubt oder nicht glaubt. Alle übrigen Familienglieder, Dienstboten und Kinder eingeschlossen, sind von der Wahrheit der Ueberlieferung überzeugt — der Glaube daran gehört zu ihrem Religionsbekenntnisse. Werfen Sie einen Blick auf die Blumen, die rings um den Birnbaum und auf das Indianergrab gestreut sind. An jedem Fest- und Heiligentage werden sie erneuert und sind nicht lächerlich, Monsieur Garnier, sondern ernstgemeinte Opfergaben. Vereo ist fest überzeugt, daß die Casa durch ein Erdbeben vertilgt würde, wenn wir jemals dem Herkommen zuwiderhandelten oder die alten Bräuche versäumten. Diese abergläubischen Bedenken haben meinen Vater sogar dazu gezwungen, seine modernen Bauten dem alten Backsteinhause anzufügen und dasselbe unangetastet zu erhalten, damit der Fluch auch nicht an einem Steine der Besitzung in Erfüllung gehe."

Sie hatte sich in eine ernste, tiefe Bewegung hineingeredet, die ihr blasses Gesicht wie von innen heraus durchleuchtete und demselben einen Glanz verlieh, den keine Farbe zu geben vermag. Garnier, dessen Augen in andachtsvoller Bewunderung an ihr hingen, konnte sich nicht länger beherrschen.

„Der Fluch muß seine Macht verlieren," rief er aus, „muß in nichts vergehen vor der Verkörperung aller Holdseligkeit. Miß Saltonstall hat von demselben so wenig zu fürchten, wie die Engel des Himmels — ihrer Lieblichkeit, ihrer Güte ist es vorbehalten, seinen finsteren Einfluß zu besiegen!" (Forts. folgt.)

Zun
vollgefüllte
Einzel
Grösstes
Ve
Möbeln
an, ehe Ihr anders
große Auswahl,
J. F
Bahn
Kein Laden!
Schutzmarke.
Be
in nur
billig
Gebr.
Bielefel

Zum Oster-Fest

bieten

1922

Hettlage's

vollgefüllte Läger **unerreicht grosse Auswahl** tonangebender Neuheiten in Herren- und Knaben-Kleidung.

Für Herren:

Joppen-Anzüge	von ℳ	**8.50**	bis	**68.—**
Rock-Anzüge	„ ℳ	**30.—**	„	**70.—**
Paletots und Ulsters	„ ℳ	**13.—**	„	**50.—**
Hosen	„ ℳ	**2.—**	„	**18.—**
Fantasie-Westen	„ ℳ	**1.90**	„	**15.—**
Joppen	„ ℳ	**2.50**	„	**20.—**

Für Knaben:

Falten-Kleidchen	von ℳ	**3.—**	bis	**25.—**
Blusen-Anzüge	„ ℳ	**2.—**	„	**25.—**
Original Kieler Anzüge	„ ℳ	**15.—**	„	**42.—**
Norfolk-Anzüge	„ ℳ	**8.—**	„	**25.—**
Paletots und Pyjacks	„ ℳ	**3.—**	„	**24.—**

Einzelne Blusen, Joppen, Hosen in jeder Grösse.

Beachten Sie bitte die Auslagen in meinen 9 Schaufenstern!

H. Hettlage,

Grösstes Spezial-Haus für elegante Herren- und Knaben-Kleidung.

Zum Umzug

1889

habe in allen Abteilungen für **Haushalt-** und **Geschenk-Artikel** solche billige Gelegenheitskäufe gemacht, daß mein Geschäft stets das

Neueste, Billigste und Beste

bringt.

Gardinenstangen	von **35** ₰	an
Zuggardinen-Einrichtung	von **45** ₰	an
Gardinen-Rosetten	von **10** ₰	an
Handtuchhalter	von **45** ₰	an
Handbesen	von **25** ₰	an
Stubenbesen	von **35** ₰	an
Haarbesen	von **75** ₰	an
Schrubber	von **19** ₰	an
Kleiderbürsten	von **25** ₰	an
Wichsbürsten	von **20** ₰	an
Eßlöffel	von **5** ₰	an
Teelöffel	von **3** ₰	an
Messer und Gabel	von **10** ₰	an
Glasteller	von **6** ₰	an
Glasschüssel	von **15** ₰	an
Butterdosen	von **15** ₰	an
Zuckerdosen	von **18** ₰	an
Wassergläser	von **5** ₰	an
Weingläser	von **8** ₰	an
Likörgläser	von **6** ₰	an
Frisierkämme	von **20** ₰	an
Staubkämme	von **5** ₰	an
Vorschiebekämme	von **20** ₰	an
Haarspangen, groß	von **5** ₰	an
Kaffee-Service, bunt	von **2.25**	an
Kaffee-Service, hochfein	von **2.98**	an
Wasch-Service	von **1.48**	an
Eß-Service, 23teilig	von **6.95**	an
Kompl. Küchengarnitur, 16teil.	von **6.50**	an
Teller, groß	von **10** ₰	an
Kuchenteller, bunt	von **30** ₰	an
Wachstuch, Rester . . Mtr.	von **48** ₰	an
Wachstuch, prima . . Mtr.	von **98** ₰	an
Wandschoner, neue Muster	von **38** ₰	an
Küchenspitze . . . 15 Mtr.	von **15** ₰	an
Küchenspiegel, groß	von **35** ₰	an
Emaille-Kochtöpfe, groß	von **1.20**	an
Emaille-Kaffeekannen, groß	von **98** ₰	an
Emaille-Schüsseln, tief	von **28** ₰	an
Emaille-Eimer	von **98** ₰	an
4 feine Osterkarten	**10** ₰	
3 feine Goldkarten	**10** ₰	
Große Postkartenalbums	von **98** ₰	an

Ferner meine

48 Pfg.-Zusammenstellung

sowie auch alle

Geschenk-Artikel.

Max Langendorf

Bahnhofstr. 19
Steinstr. 3—5.

Verlobte

seht Euch meine Läger in

Möbeln sowie Aussteuer-Artikeln

an, ehe Ihr anderswo Euern Bedarf deckt. Billiige Preise, große Auswahl, strengste Diskretion, günstige Zahlungsbedingungen. 1765

J. Fraenkel,

Bahnhofstr. 2a, 1. Etage.

Kein Laden! Eingang neben Harms' Kinematograph.



Schutzmarke.

1925

Goldperle

Dieses Wort wollen Sie sich bitte merken beim Einkauf von Seifenpulver. — Jedes Paket enthält ein hübsches, brauchbares Geschenk. —

Fabrikant:

Carl Geutner, Göppingen.

Betten

in nur bester Qualität
liefern zu den
billigsten Preisen

Gebr. Gottschalk,

Bielefeld, Niedernstr. 29/31. 1539

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Herford und Umgegend teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause der Frau Wwe. Wehmeier, **Lübberstrasse 4,** ein

Installationsgeschäft nebst Klempnerei

eröffnet habe. Durch langjährige Erfahrungen bin ich in der Lage, alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten voll und ganz auszuführen.

Empfehle mein **ständiges Lager** in sämtlichen

Gas-Beleuchtungsartikeln und Gasherden.

Mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen bittet

Achtungsvoll 1926

Friedr. Knopf, Installateur.

Rechnungs-Formulare

liefert prompt in sauberer Ausführ. **Buchdruckerei „Volkswacht".**

Zentral-Bazar Pradel

Jahnplatz 2 **Jahnplatz 2**

empfiehlt

sämtliche Neuheiten der Frühjahrs-Saison

in 1930

Krawatten, breiten Bindern, farbigen Ober-Hemden und Garnituren, Handschuhen etc.

in grosser Auswahl

∴ zu billigsten Preisen. ∴

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht".**

Betten aus garantiert **federdichtem Inlett** und mit **doppelt gereinigten Federn und Daunen** gefüllt

zu enorm billigen Preisen.

Gardinen (creme u. weiss) das Fenster zu **1.75, 2.40, 3.00, 3.60, 4.20** u. höher.

Rouleauxstoffe, Spachtel-spitzen und **Zugeinrichtungen** zu den billigsten Preisen.

Kleidersiamosen Kleid 6 Meter zu **2.65, 3.30,** doppelte Breite 3.90, 4.50, 5.10

Schürzensiamosen 140 cm breit, zu **58, 65, 72—95** Pfg.

Bett-Kattune u. Satins zu **22, 25, 33, 38, 45, 55** Pfg.

Pelz-Piqué zu **42, 43, 55, 56, 78, 95** Pfg.

Herrenhemden 100 cm lang, mit doppelter Brust, zu **1.35, 1.50, 1.65, 1.85.**

Normalhemden zu **1.00, 1.15, 1.50, 1.75, 2.15, 2.50.**

Feston-Röcke zu **1.65, 2.15, 2.45, 3.00, 3.50**

Wasch-Röcke in Kattun, Siamosen, Leinen, zu **1.50, 1.75, 2.00, 2.45** und höher.

Damenhemden 110 cm lang, zu **0.80, 1.00, 1.35, 1.65.**

110 cm lang, mit Schulterschluß u. gestickt. Passe, zu **1.10, 1.15, 1.35, 1.65, 1.85, 2.15**

Kinder-Kleidchen zu **1.25, 1.55, 1.70** und höher.

Damen-Reinkleider zu **0.95, 1.15, 1.25, 1.65, 1.85.**

Träger- u. Mieder-Schürzen zu **0.95, 1.15, 1.35, 1.50** und höher.

Weisse Nachtjacken zu **1.00, 1.15, 1.45, 1.65** und höher.

Bielefeld, Obernstr. 35.

Heinr. Hirz

Gegenüber der kath. Kirche.

1932

Sofas
Vertikows
Spiegel

enorme Auswahl, billigste Preise bei

F. Mertens. 1450

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten stets größte Auswahl

Buchhandlung ‚Volkswacht'.

Frühjahr 1909.

Neuheiten in Paletots



Spanier

Niedernstrasse 8/10. Niedernstrasse 8/10.

1933

Verlobungs-Anzeigen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

1532

Brackwede.

Hüte und Mützen

nur letzte Neuheiten, kaufen Sie gut und billig bei

M. Thomas,
Osningstrasse 6.

Konfirmandenhüte

Billig. Billig.

Diese Woche wieder

gutes Rindfleisch

Pfund **60** Pfg.

Kalb- u. Schweinefleisch

zu billigen Preisen.

Verschiedene Wurstwaren und Aufschnitt

empfiehlt 1723

Fritz Ellenbeck,
Metzgermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

Wachstuche,

Linoleum u. Läufer, prachtvolle neue Muster, verkaufe bis Ostern mit **10 Proz. Rabatt.**

Hermann Schulze,
Obernstraße 38. 1763



Cravatten

1896

kauft man am **besten** und **vorteilhaftesten** bei

Heinr. Aug. Drees, Bahnhofstr. 21.

Notizbücher

in allen Größen — gutes Papier — zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht".

Bürstenwaren,

Besen und **Matten** verkaufe bis Ostern mit **10 Prozent Rabatt.**

Hermann Schulze,
Obernstraße 38. 1764

Abonnementspreis für Bielefeld und Umgegend wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exkl. Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 3

Nr. 79.

Eine **weltumfassende** krist durch Arbeitslosigke in unserem Vaterlande.

Gleichzeitig offenbarte **des persönlichen Regimer** aller Welt. Unwille un eines einzelnen entscheid großen Volkes, loderten i grimm fand seinen Wide

Redner aller Partei schmachvollen Zustände Worten sind keine Tate träge der Sozialdemokra **Reichstags** gegenüber de kratie verlangten, wurde gestimmt. Die Reichstag nutzung derjenigen Mac zur Verfügung stehen.

Nach wie vor werden **bände der Großgrundbe Großkapitalisten** durch den maßgebenden Einflu Nach wie vor werden Oberhand behalten über **besteht also die Gefahr, b**

Berlin, d

Die heutige Nu einschließlich der Unte

Das Angebot des

Wir entnehmen der „

In unserer letzten Nu gegangenen Depeschen üb Subkommission des Reich nen nicht ganz übereinsti Tagespresse zur allgemein hatten es für berechtigt g fern mit einem Fragezeich Steuervorschlag detaillier Folgerung in sich einsch allen Einzelheiten geprü sei. Gerade die Rohtabac verständigen, wie auch v Erwägungen so übereinst worden, daß ein von Nic über alle Schwierigkeiten lich sein müßte. Eher d missionihre endgiltige des näher auszuarbeiten hängig gemacht hat.

„Anders wird heute vo schluß der Subkommission zeichnet ihn offen als ei lung, das Tabakgewerbe kommen erreicht habe. exorbitanten Wertsteuer Beschluß des Deutschen Erhöhung des Gewich Weg einer Höherbelastun

In der erweiterten vereins, welche am 23. d. nach außen hin zunächst „Eine Rohtabakfak Weg einer höheren Bel Bevorzugung der kapita Klein- und Mittelbetr und damit Schädigung Möglichkeit zu vielen Wertverzollung mit sich

Der Deutsche Taba Steuer- und Zollerträ Gewichtszoll- und Ste der Rauch-, Kau- und er muß aber seine er Bedenken gegen jede halten."

Diese Resolution deckt gang zu dem wichtigeren einer Erhöhung des Gewi verstanden zu erklären. ausgesprochen, daß die Vorschlag als die geeignet

Ueber die Gründe, we sem folgenschweren Entsc uns zunächst jedes Urteil sonders die Auslassunger Ton des Spottes über der des Deutschen Tabakvere über die neue Wendung i

„In einer erweiterten vereins im Savoyhotel h längerer Debatte Stellu Tabakverein mit der Fi dem Reichsschatzamt über handlungen eintreten soll